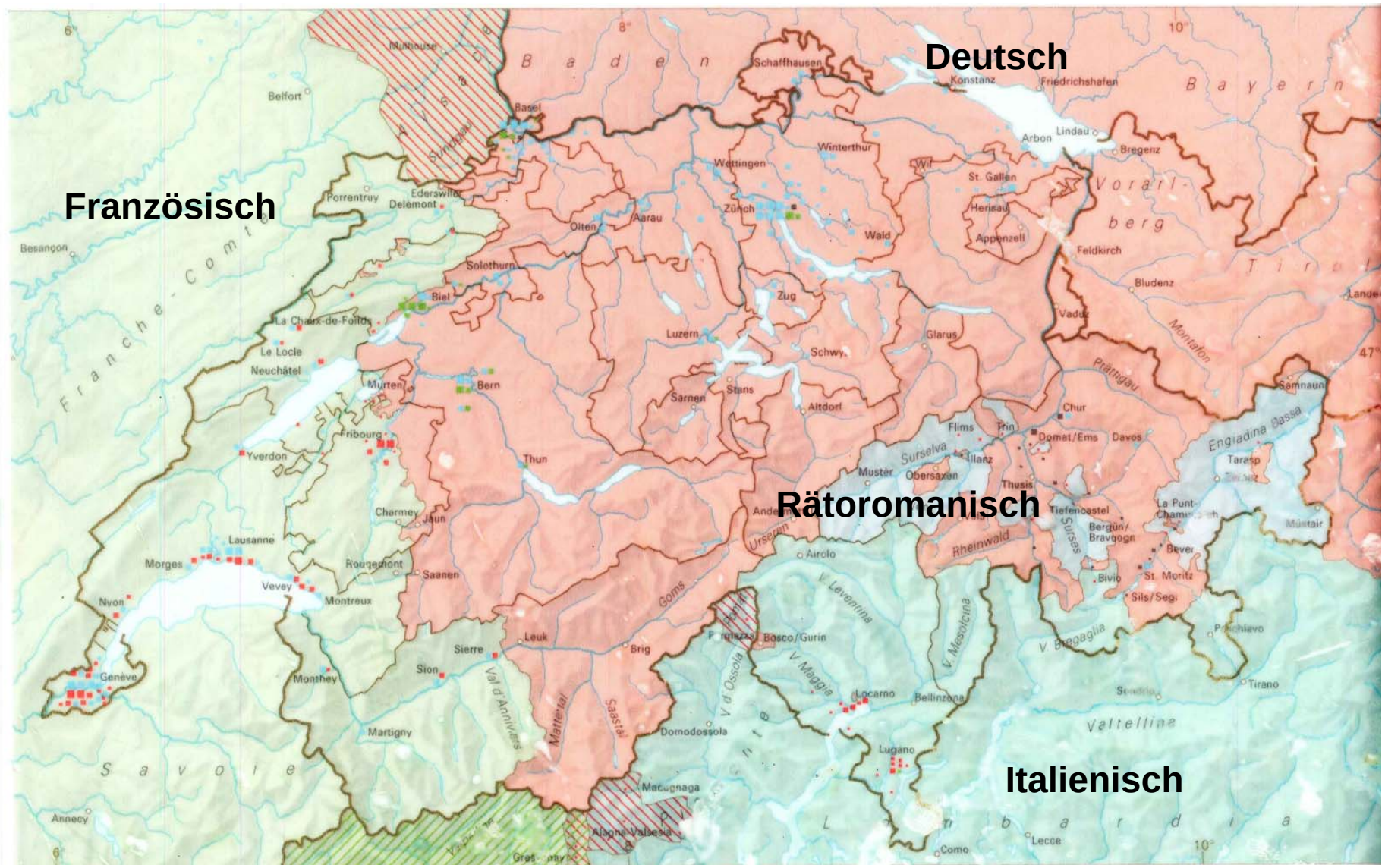
# Verbreitung der vier Landessprachen in der Schweiz



# Verbindlich fördern und fordern ab dem ersten Tag

## Deutsch für Dreijährige und Behebung frühkindlicher Defizite: Das sind Kernforderungen eines Förderkonzepts für Familien in Basel. Wir müssen fitter werden, *fordert Thomas Kessler*

Politik und Medien befassen sich aufgeregt mit Jugendgewalt, Schulproblemen und Ausländerkriminalität, etwas stiller mit der hartnäckigen Sockelarbeitslosigkeit und den hohen Gesundheits- und Sozialhilfekosten. Meistens fordern sie zusätzliche Therapie-, Stütz- und Strafmassnahmen, obwohl dafür hierzulande bereits riesige Summen ausgegeben werden. Die Symptome fehlender Erziehung und Förderung sind schon bei Kleinkindern erkennbar, sei es in der Sprachentwicklung, in der Motorik, im Körpergewicht, dem Zustand der Zähne oder der Sozialkompetenz. Die ersten Lebensjahre prägen das Kind für den Rest des Lebens, die Synapsen für die spätere Denkarbeit werden im zweiten und dritten Lebensjahr aktiviert. Wer mit erheblichen Defiziten im Kindergarten startet, wird die Schule mit einer Wahrscheinlichkeit von über 80 Prozent auf der untersten Leistungsstufe verlassen und Netto-Bezüger von möglichen Leistungen bleiben.

In Basel hat eine Ursachenanalyse zur Jugendarbeitslosigkeit sogar einen entsprechenden Zusammenhang von über 90 Prozent ergeben. Ähnliche Resultate zeigen auch Studien zur Gesundheit; Fehlernährung, mangelnde Bewegung und fehlende Prophylaxe belasten die Gesundheit nachhaltig und führen zu lebenslangem Therapiebedarf. In den Agglomerationen beginnen rund ein Viertel der Kinder ihre Kindergarten- und Schulkarriere hinter der Startlinie. Die Kindergärtnerinnen erleben Kinder, die nicht in der Lage sind, auf einer Treppe zu laufen. Ein einziger Jugendheimplatz kostet jährlich den Bruttolohn einer Pädagogin, ein Gefängnistag kostet die Steuerzahler in der Vollkostenrechnung mehr als die Übernachtung in einem Luxushotel. Zwei Fünftel der Migrationsbevölkerung und ein Fünftel der Schweizerinnen und Schweizer sind ohne Berufsbildung.

Für den liberalen Rechtsstaat und die Wissensgesellschaft Schweiz stellen sich dazu drängende Fragen. Darf man so viel vermeidbares Leid und Chancenungleichheit zulassen? Kann sich die Schweiz so viel ungenutztes Potenzial und die Reparaturkosten noch länger leisten? Soll der Mangel an Fachkräften weiterhin mit Immigration ausgeglichen werden? Bezieht sich das Ziel der grösstmöglichen persönlichen Freiheit nicht auf das ganze Leben, so dass sich kleine staatliche Eingriffe im Kindesalter zur Schaffung von intakten Perspektiven geradezu aufdrängen?

Am Beispiel der Integrationspolitik testet Basel-Stadt seit genau zehn Jahren den Umbau des staatlichen Handelns vom reparierenden Defizit-Ansatz hin zum innovativen Potenzial-Ansatz. Nach dem Motto «Verbindlich fördern und fordern ab dem erstem Tag» werden die Zuziehenden mit Begrüssung, Information, Motivierung und wenn nötig enger Begleitung zum Erfolg geführt, Fehlentwicklungen früh erfasst und Probleme zügig, allenfalls vertraglich vereinbart, angegangen.

Die Sprachkompetenz und das Bildungsniveau steigen, ebenso die Erwerbsquote und der Steuerertrag. Umgekehrt sinkt die Nachfrage nach staatlicher Sozialhilfe. Dort wurden das Gegenleistungs-Modell und eine enge Fallbegleitung eingeführt. Im Bildungsbereich wurde der zweijährige Kindergarten obligatorisch erklärt und neu das Projekt «Deutsch für Dreijährige» lanciert. Alle 1500 Kinder eines Jahrgangs werden ein Jahr vor Kindergartenbeginn getestet und, falls ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichend sind – in voraussichtlich rund 500 Fällen –, für ein Jahr einer Krippe zugewiesen, um sich spielerisch zu integrieren. Die Eltern werden einbezogen und zum Deutschlernen angehalten.

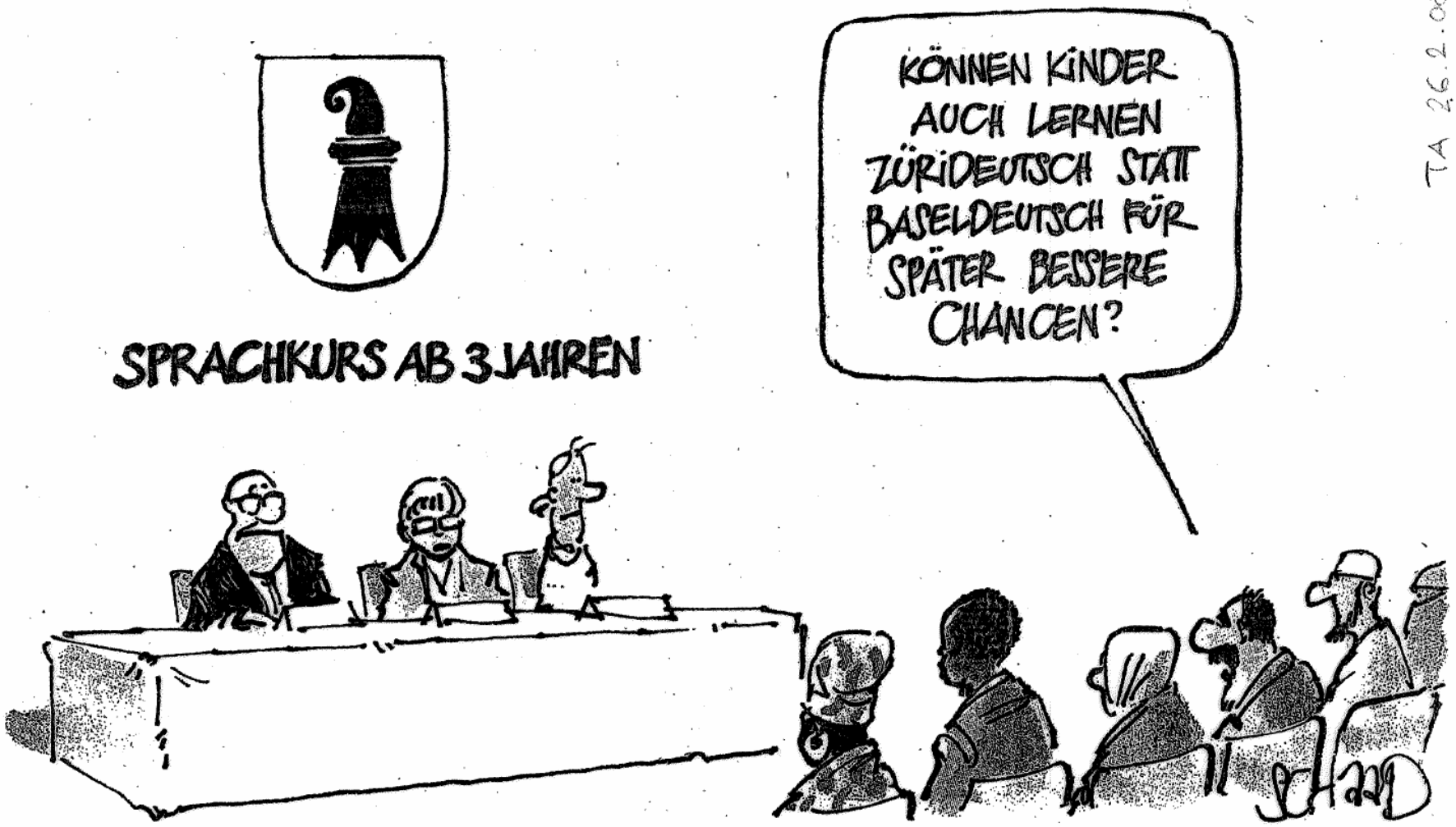
Weiter wird der Regierungsrat demnächst über ein Frühförder-Konzept beschliessen, das mit einer ausgeklügelten Kombination von Familienberatung, Schwangerschaftsvorbereitung, Säuglingsbegleitung, Erziehungshilfen und familienergänzenden Betreuungsangeboten dort Früherkennung und Chancengleichheit absichern will, wo mit kleinstem Aufwand die grösste Wirkung erzielt wird: bei den Ein- bis Dreijährigen. Das Konzept wird so ausgestaltet, dass zwar alle Familien Angebote nutzen können und kontaktiert werden, aber gezielt nur dort zusätzliche Beratung geleistet wird, wo diese nach klaren Kriterien sinnvoll ist – bei schätzungsweise einem Viertel der Familien. Solche Familienbegleitungs-Projekte bewähren sich in den Niederlanden und Deutschland seit Jahren. Der wirtschaftliche Nutzen der Investition wird auf den Faktor sieben geschätzt – durch bessere Bildung, Gesundheit und Sozialisierung sowie viel weniger Bedarf an Therapie- und Stützmassnahmen. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft durch ein höheres Bildungsniveau in den Schulklassen und weniger Symptom-Kosten für Erziehungs- und Integrationsdefizite. Die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Nutzen der Kinderkrippen bestätigt einmal mehr die grosse positive Wirkung auf das Bildungsniveau aller Kinder, auch für jene aus Akademikerfamilien.

Es ist höchste Zeit, den Staat generell vom Reparatur- zum Investitions-Staat umzubauen und fit zu machen: für die steigenden Herausforderungen durch die Alterung unserer Gesellschaft im Inland und für den Konkurrenzkampf mit den jungen aufstrebenden Staaten in Ostasien und Übersee.

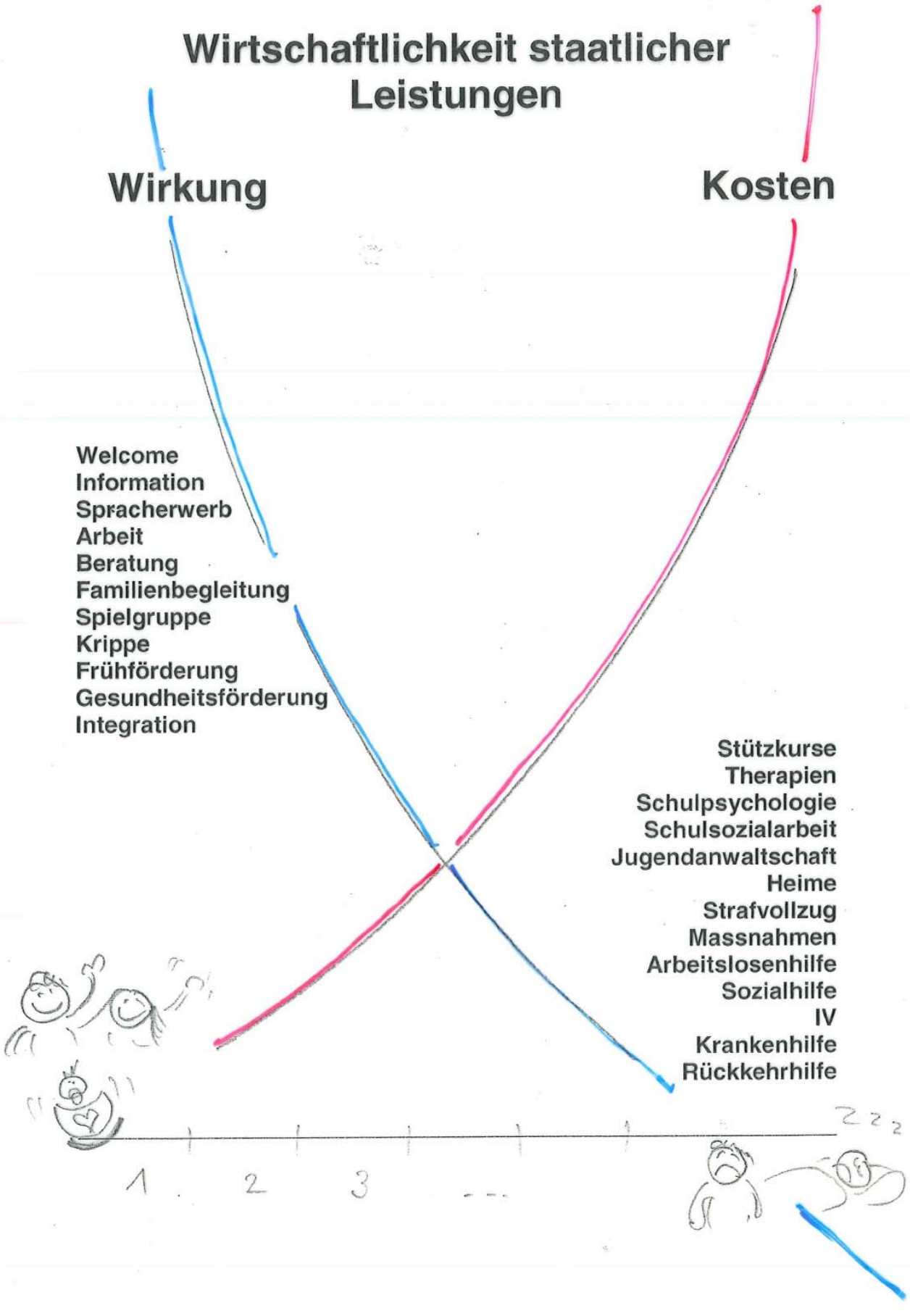
**Thomas Kessler**

Thomas Kessler, 49, leitet seit 1998 die Integrations- und Antidiskriminierungs-Stelle Basel-Stadt, ist Mitglied der Eidg. Kommissionen für Drogenfragen und für Kinder- und Jugendfragen sowie des Strategie-Gremiums Frühförderung in Basel. Von 1987 bis 1991 war er Kantonsrat der Grünen in Zürich.

TA 26.2.08


SPRACHKURS AB 3 JAHREN
KÖNNEN KINDER AUCH LERNEN ZÜRIDEUTSCH STATT BASELDEUTSCH FÜR SPÄTER BESSERE CHANCEN?

# Wirtschaftlichkeit staatlicher Leistungen



- **Identität klären: Hinterwalden oder Global Player?**
- **Entscheidungsgrundlagen: Mythen oder Fakten?**
- **Gesetze: für die Vergangenheit oder die Zukunft?**
- **Staat: Erfolg schaffen oder Probleme verwalten?**
- **Prozesssteuerung: von hinten oder von vorne?**
- **Ressourcen: vergeuden oder nachhaltig nutzen?**

# sinn-los oder sinn-voll?

# Integrationsleitbild und Handlungskonzept (3)

**Fehlende Integration...**

- **... verursacht**

**menschliche Probleme und hohe Folgekosten im Arbeits-, Bildungs-, Sozial-, Justiz- und Gesundheits-wesen.**

# Integrationsleitbild und Handlungskonzept (2)

**Erfolgreiche Integration ...**

- **... wirkt** gegen Isolation und Segregation.
- **... fördert** den individuellen sozialen Aufstieg.
- **... fördert** den gesellschaftl. Zusammenhalt.
- **... stärkt** die gesellschaftliche und ökonomische Kraft des Kantons.

*DIESE AUSLÄNDER WO NICHT EINMAL RICHTIG DEUTSCH KÖNNEN*

# DIESE AUSLÄNDER, WO NICHT EINMAL RICHTIG DEUTSCH KÖNNEN.

59% der Schülerinnen und Schüler an den Basler Schulen haben eine andere Muttersprache als Deutsch: Zum Beispiel 15% Türkisch oder Kurdisch, 9,5% Italienisch, 5,8% Spanisch und 3,3% Französisch oder Englisch. Ähnlich sieht es an einigen Schulen im Kanton Basel-Landschaft aus. Das macht den Unterricht sicher anspruchsvoller. Aber macht es ihn schlechter? Nicht unbedingt.

Die Welt ist kleiner geworden, Migration findet statt und gehört zu einer offenen Gesellschaft. Daran werden keine politischen oder sonstigen Massnahmen etwas ändern können. Also freuen wir uns doch über die positiven Seiten: Unsere Kinder haben die Chance, Einiges über andere Länder, Kulturen, Religionen und Sprachen zu erfahren.

Natürlich sollen die fremdsprachigen Mitbürgerinnen und Mitbürger so gut wie möglich Deutsch lernen. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zum Verständnis der Lebensweise eines Volkes. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft fördern den Deutschunterricht für Erwachsene und Kinder darum systematisch.

Kinder lernen Sprachen viel schneller als Erwachsene. Schon nach einem Jahr können sich die meisten besser verständigen. Wenn unsere Sprösslinge dabei ein paar Brocken Portugiesisch oder Türkisch aufschnappen, ist es bestimmt kein Schaden. Und bitte: Falls Sie einem Mitmenschen begegnen, wo Mühe mit unsere Sprache hat, dann erklären Sie ihm doch freundlich, wie es richtig heisst.

Vorausgesetzt, Sie gehören zu den Schweizerinnen oder Schweizern, die noch mit dem Relativpronomen umgehen können.

Tatsachen gegen Vorurteile.

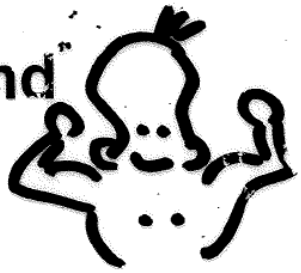
Ein Beitrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur sachlichen Diskussion im Umgang mit Menschen.
Weitere Informationen unter: www.basel.ch, www.baselland.ch

Tatsachen gegen Vorurteile.

Ein Beitrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur sachlichen Diskussion im Umgang mit Menschen.
Weitere Informationen unter: www.basel.ch, www.baselland.ch

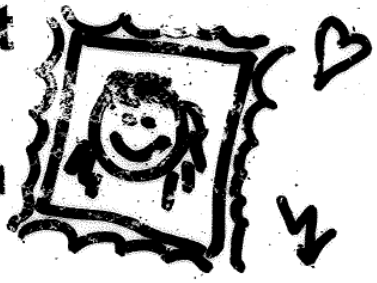
# „Neue“ BS-Migrations- und Integrationspolitik:

1. Potentialansatz: Fördern und nutzen



2. Gesamtgesellschaftliches Anliegen, Stadtentwicklung

3. Sorgfältiger Umgang mit Differenz, den Menschen individuell ernst nehmen

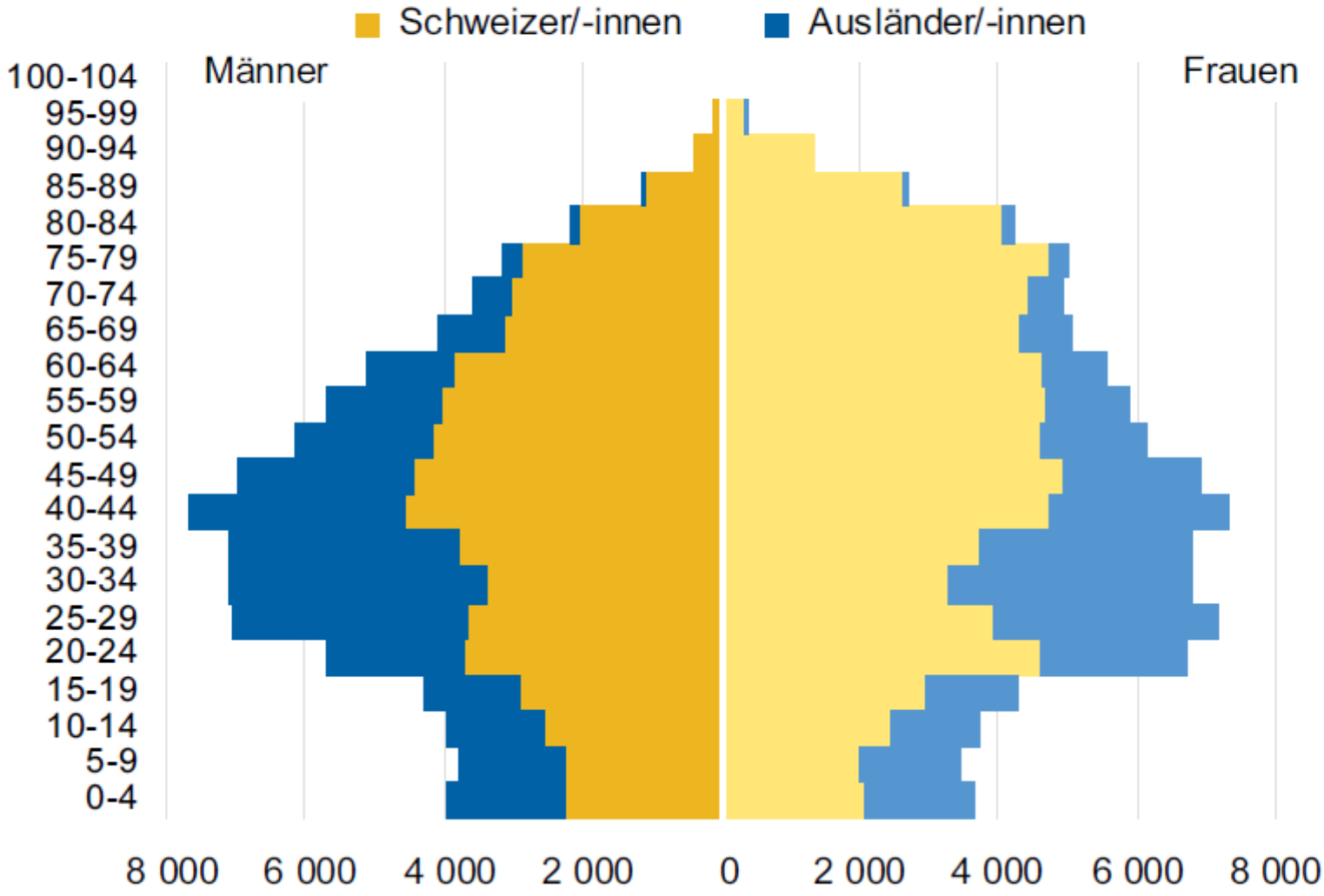


Ansätze:

- zukunftsgerichtet und visionär
- leistungs- und aufstiegsorientiert
- emanzipatorisch
- indiv. Mitverantwortung
- gleiche Rechte und Pflichten

Investitionen:
Information, Bildung,
Quartierentwicklung

# Bevölkerungspyramide Ende 2006



# Vielseitig und schön. Wie unser Land.

**Ob kurz:**
**Radstand 2566 mm, Ladevolumen 3,2 m³**
**mit Hochdach 3,8 m³, Nutzlast 730 bis 850 kg**

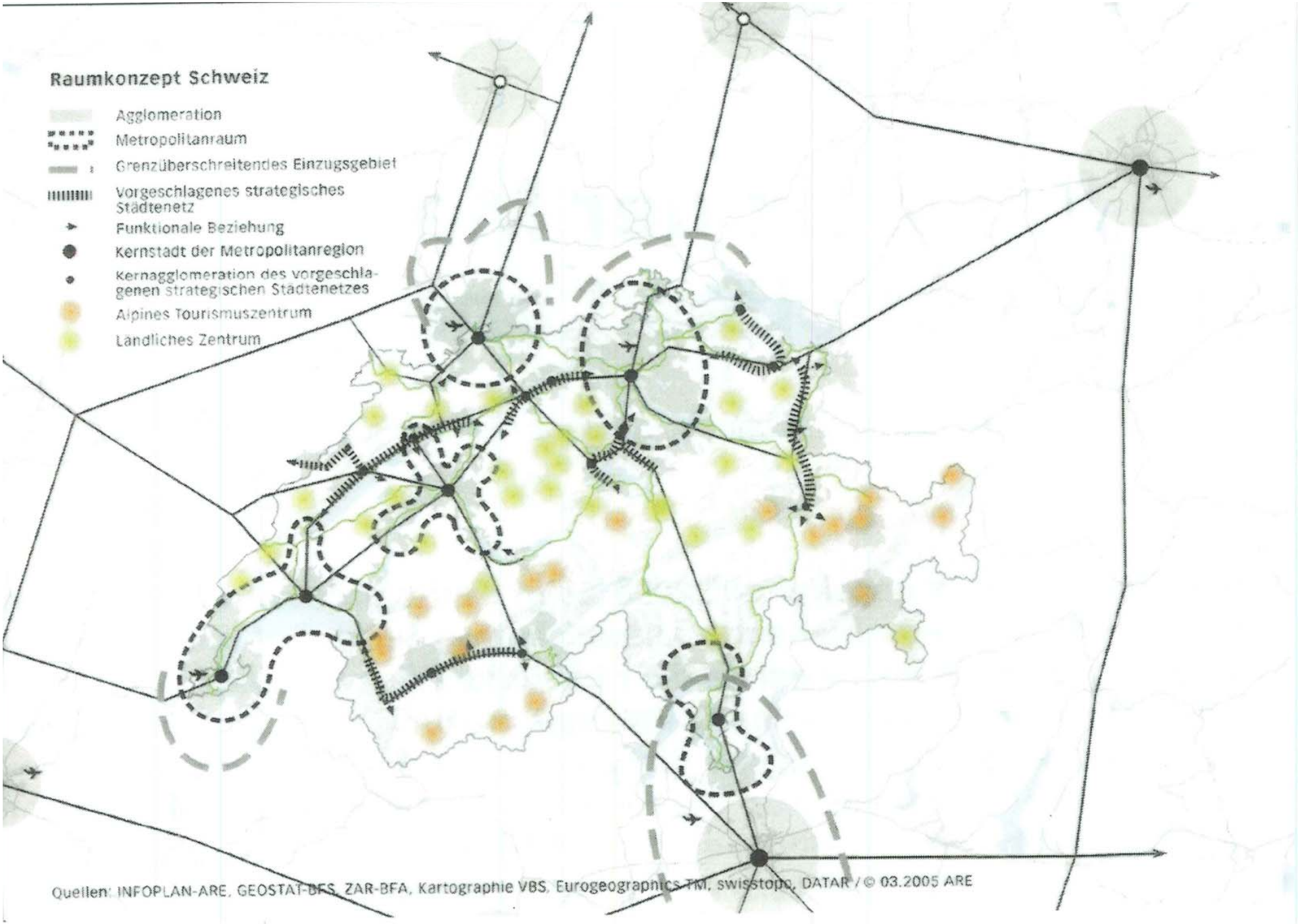
**Leistungsfähig:**
**4 Motorisierungen, Euro4, NaturalPower**
**(Erdgas/Benzin) Diesel bis 105 PS**

**Oder lang:**
**Radstand 2963 mm**
**Ladevolumen 4 m³, Nutzlast 850 kg**

**Der brandneue Fiat Doblò Cargo. Ab CHF 16 295.– exkl. MwSt.**

FIAT
NUTZFAHRZEU

www.fiat.ch


Raumkonzept Schweiz
Agglomeration
Metropolitanraum
Grenzüberschreitendes Einzugsgebiet
Vorgeschlagenes strategisches Städtenetz
Funktionale Beziehung
Kernstadt der Metropolitanregion
Kernagglomeration des vorgeschlagenen strategischen Städtenetzes
Alpines Tourismuszentrum
Ländliches Zentrum
Quellen: INFOPLAN-ARE, GEOSTAT-BFS, ZAR-BFA, Kartographie VBS, Eurogeographics-TM, swisstopo, DATAR / © 03.2005 ARE

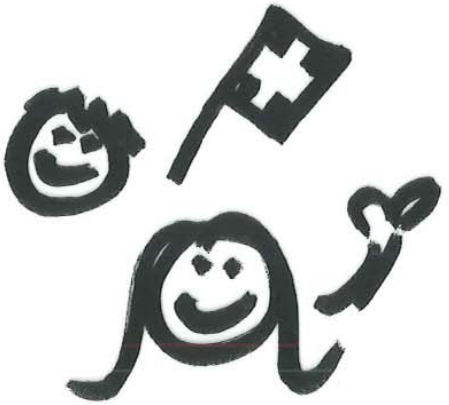
# VÖGELE | SHOES

**Miss Schweiz, Bianca Sissing, präsentiert Zehenmules aus Leder.**
Lederdecksohle mit Weichtritt.
**Z622 7325,** beige
Gr. 35–42

39.90

# In der Schweiz leben heute Menschen aus 194 verschiedenen Nationen.

Eine kosmopolitische Schweiz.



# DIE JUDEN HEILIGEN DEN SABBAT. DIE MOSLEMS DEN FREITAG. UND WAS MACHEN SIE SO AM SONNTAG?

Der Bedarf an Arbeitskräften, Kriege und Armut haben dazu geführt, dass in den letzten Jahren Menschen aus anderen Kulturkreisen und mit anderen Religionen in unser Land und in unsere beiden Kantone kamen.

Sie wundern sich über unsere grossen und meist leeren Kirchen – und mehr noch über das Misstrauen, das man ihnen entgegenbringt, nur weil sie erstens aus anderen Ländern kommen und zweitens Muslime, Hindus, Buddhisten oder was auch immer sind.

Dabei sind sie erstens Menschen. Zweitens Menschen, die selbst – oder deren Vorfahren – eingewandert sind. Und drittens Menschen, die bei allem Willen zur Integration ihre kulturelle und religiöse Identität nicht verlieren möchten. Bitte: Würden Sie Ihre Identität und Überzeugung im Ausland aufgeben wollen?

Laden Sie doch einmal ihre türkischen Nachbarn zum Essen ein – nicht gerade während des Ramadan und bitte zu einem Menü ohne Schweinefleisch. Sie werden nette Menschen kennenlernen und erfahren, warum sie ihre Heimat verlassen haben. Sie werden vielleicht nicht alles verstehen, aber Sie werden feststellen, dass diese Menschen gar nicht soviel anders denken und fühlen als wir.

Vielleicht merken Sie dann, dass das «Ausländerproblem» zu einem guten Teil ein «Schweizerproblem» ist. Und eigentlich keines sein müsste.

Wie wär's mit nächstem Sonntag?

Tatsachen gegen Vorurteile.

Ein Beitrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur sachlichen Diskussion im Umgang mit Menschen.
Weitere Informationen unter: www.basel.ch, www.baselland.ch

# HUT AB IN DER KIRCHE. HUT AUF IN DER SYNAGOGE. SCHUHE AUS IN DER MOSCHEE. UND RESPEKT FÜR ALLE.

Die drei monotheistischen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam – deren Anhänger an einen einzigen und unsichtbaren Gott glauben – haben viele ähnliche Bräuche, Regeln und Feste. Aber auch Hinduismus und Buddhismus sind uns gar nicht so fremd.

Wenn die Christen im Dezember die Kerzen des Adventskranzes anzünden, werden bei jüdischen Familien nach und nach die acht Kerzen des Chanukka-Leuchters angezündet – zur Erinnerung an die Wiedereinweihung des Tempels in Jerusalem. Wenn der Rabbi am Sabbat aus der Thora vorliest, dann sind das die fünf Bücher Mose – nichts anderes.

Die christliche Fastenzeit und der islamische Ramadan sind eine Zeit der Besinnung und der Reinigung. Aber auch Hinduismus und Buddhismus kennen strenge Fastengebote. Und unsere Dreifaltigkeit? Sie findet sich bereits in der ältesten Weltreligion, dem Hinduismus in der Dreigestalt von Vishnu, Brahma und Shiva. Und auch Siddhárta Gautama – Buddha – wurde der Überlieferung nach über 500 Jahre vor Jesus von einer Jungfrau geboren.

In vielen Familien hierzulande werden Festtage verschiedener Religionen gefeiert. Weil die Eltern verschiedenen Religionen angehören. Oder weil viele Migranten-Familien sowohl die Feiertage ihres Herkunftslandes als auch jene ihrer neuen Heimat feiern. Diese Feste werden dabei nicht weniger fröhlich oder besinnlich gefeiert – und andersgläubig ist doch auch gläubig.

Also laden Sie doch Ihre muslimischen Nachbarn zum Weihnachtsbraten ein – ohne Schweinefleisch. Oder bitten Sie die freundlichen Inder vom Feinkostladen um die Ecke, mit Ihnen Chanukka zu begehen. Und lassen Sie Ihre Tochter ruhig mit ihrer türkischen Freundin das islamische Zuckerfest feiern.

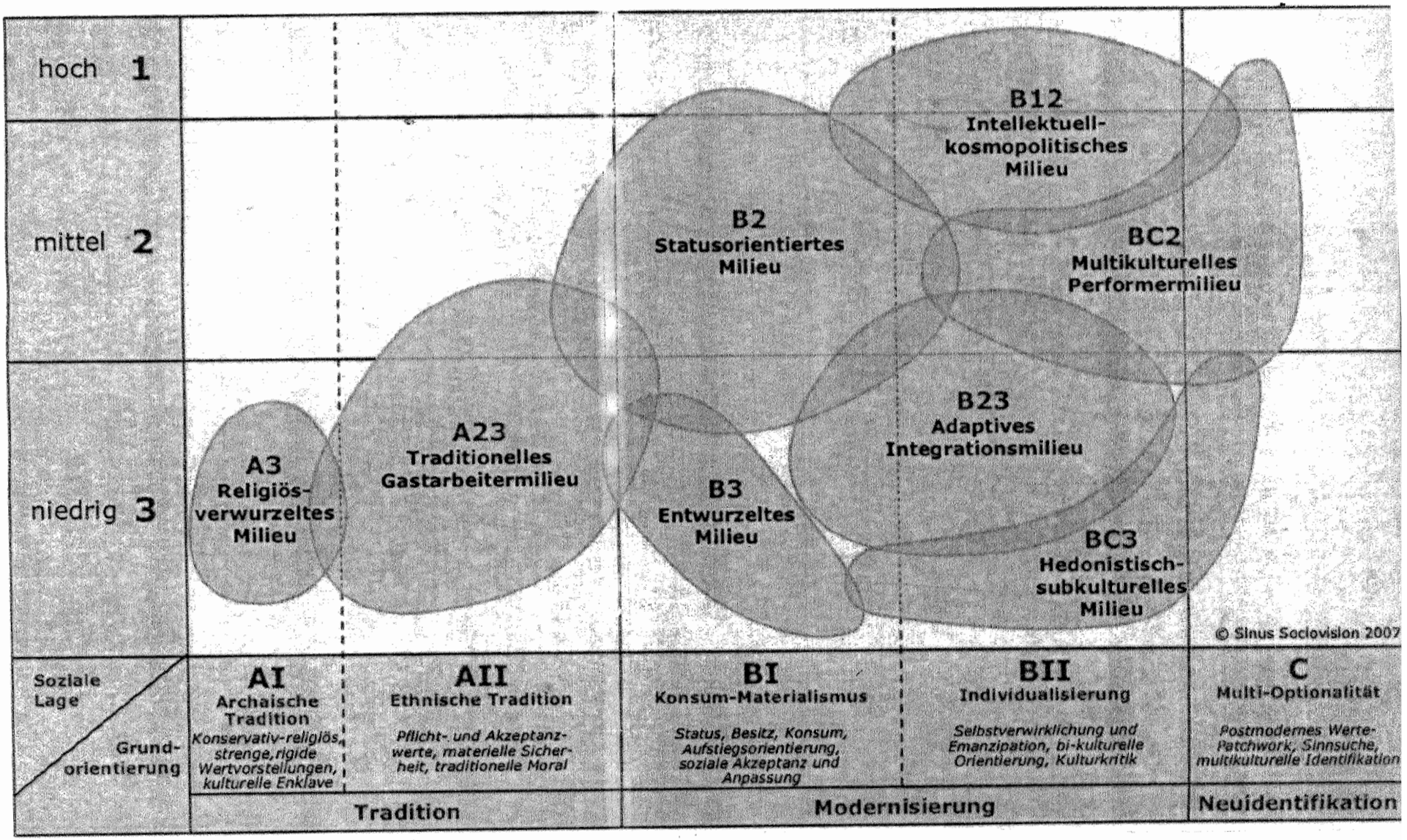
**Wer sich mit anderen Religionen beschäftigt,**
**wird seinen Glauben nicht verlieren.**
**Aber jenen an das Gute im Menschen bestärken.**

**Schalom, Salaam, Sali zämme.**

Tatsachen gegen Vorurteile.

Ein Beitrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur sachlichen Diskussion im Umgang mit Menschen.
Weitere Informationen unter: www.welcome-to-basel.bs.ch, www.migration.bl.bs.ch

Tatsachen gegen Vorurteile.
Ein Beitrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zur sachlichen Diskussion im Umgang mit Menschen.
Weitere Informationen unter: www.basel.ch, www.baselland.ch

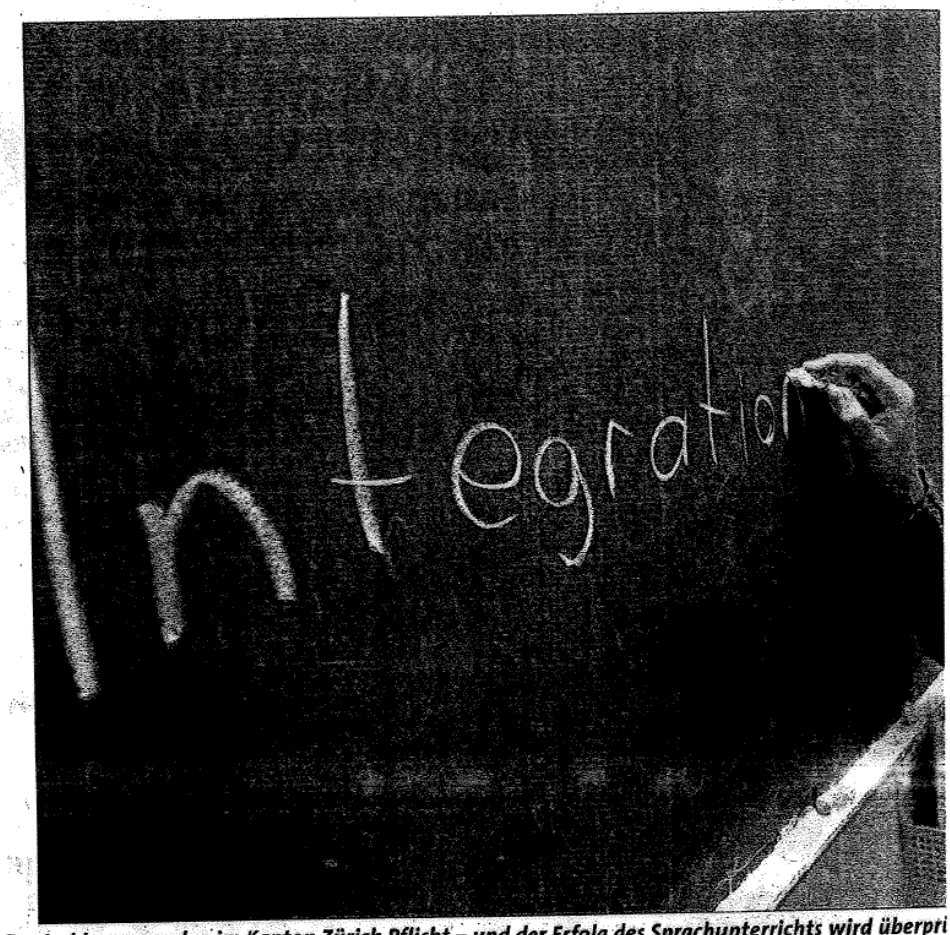

hoch 1
mittel 2
niedrig 3
B12
Intellektuell-kosmopolitisches Milieu
B2
Statusorientiertes Milieu
BC2
Multikulturelles Performermilieu
B23
Adaptives Integrationsmilieu
A3
Religiös-verwurzeltes Milieu
A23
Traditionelles Gastarbeitermilieu
B3
Entwurzeltes Milieu
BC3
Hedonistisch-subkulturelles Milieu
© Sinus Sociovision 2007
Soziale Lage
Grund-orientierung
AI
Archaische Tradition
Konservativ-religiös, strenge, rigide Wertvorstellungen, kulturelle Enklave
AII
Ethnische Tradition
Pflicht- und Akzeptanzwerte, materielle Sicherheit, traditionelle Moral
BI
Konsum-Materialismus
Status, Besitz, Konsum, Aufstiegsorientierung, soziale Akzeptanz und Anpassung
BII
Individualisierung
Selbstverwirklichung und Emanzipation, bi-kulturelle Orientierung, Kulturkritik
C
Multi-Optionalität
Postmodernes Werte-Patchwork, Sinnsuche, multikulturelle Identifikation
Tradition
Modernisierung
Neuidentifikation

**Integration** Wie der Kanton Zürich das «Basler Modell» ab 2008 umsetzen will

# Regierungsrat setzt Druck au

**Deutsch lernen als Pflicht und Kinder bereits im Alter von zwei Jahren fördern: Der Kanton Zürich treibt die Integration von Ausländern voran. Den Anfang macht ein Pilotprojekt.**

Roman Hodel



*Deutschkurse werden im Kanton Zürich Pflicht – und der Erfolg des Sprachunterrichts wird überpri*

Ausländerinnen und Ausländer, die kaum Deutsch sprechen, kriegen womöglich bald Post vom Kanton. Deutschkurse als Pflicht – das ist eine von diversen Vereinbarungen, die man mit schlecht integrierten Personen treffen will. Gestern haben Justizdirektor Markus Notter und die neue Zürcher Integrationsbeauftragte Julia Morais die künftige Integrationsstrategie des Kantons den Medien vorgestellt. «Wir wollen Ausländerinnen und Ausländer gezielt fördern und vor allem fordern», sagte Morais, «nur so können wir das Hauptziel, die Chancengleichheit, erreichen.»

### 40 Personen beteiligen sich

In ungeheuer schnellem Sprechtempo erläuterte sie die wichtigsten Massnahmen und Ziele der Strategie: Deutschkurse als Pflicht für schlecht integrierte Ausländer; engerer Kontakt zwischen Gemeinden, Ausländervereinen, Religionsgemeinschaften und Integrationsanlaufstellen; Neuzuzüger-Begrüssungen. Zu Letzteren sagte Morais: «Integrationsförderung beginnt am ersten Tag.» Früh ansetzen will sie auch beim Nachwuchs. Kinder sollen bereits im Alter von zwei Jahren gezielt integriert werden. Und was die Schule betrifft: «Elternabende sollen gerade für Ausländerinnen und Ausländer zur Pflicht werden.»

Nun ist es aber nicht so, dass der Kanton Zürich ab 2008 mit sämtlichen in Frage kommenden Ausländerinnen und Ausländern gleich eine Integrationsvereinbarung abschliesst. Fürs erste beteiligen sich je 40 Personen aus den Kantonen Zürich, Basel-Stadt und Basel-Land an einem Pilotprojekt. Dieses wird von der Universität Zürich begleitet. Laut Morais sind es je zur Hälfte Neuzuzüger sowie Personen mit Integrationsdefiziten. «Die Kriterien, wer sich beteiligen darf, werden derzeit zusammengestellt.»

### Integrationsgesetz realistisch

Dass ausgerechnet die beiden Basel mit von der Partie sind, ist kein Zufall: Deren Integrationsarbeit gilt seit Jahren als vorbildlich und steht Pate für Zürichs neue Strategie (vgl. Kastentext). Notter sagte mit einem Augenzwinkern: «Der Kanton Zürich ist in vielen anderen Dingen führend, da dürfen wir von Basel durchaus mal etwas dazulernen.» Basel-Stadt und Basel-Land verfügen auch bereits über ein Integrationsgesetz. In Zürich ist dies laut Notter bis zum Legislaturende in vier Jahren ebenfalls realistisch. Das ab 2008 gültige neue eidgenössische Ausländergesetz stellt es den K
Integrationsve
dern zu treffe

Für das Pil
neuen Integra
ton Zürich
vorgesehen. I
tern an: «Um
brauchen wir
de ist von bi
sätzlich. Nott
Staatshausha
lassen werde

Parallel zu
die kantonal
len – die sog
ken. Diese k
Horgen, Uste
nem Jahr m
‹Antenne› ist
ben sollen d
der besser k
die Neuzuzi
führen. Mit
rais auch di
chen der Stä

## Das «Basler Modell»

Der Bund betrachtet Basel-Stadt als Referenz für eine fortschrittliche Integrationspolitik. Das seit 1999 existierende Integrationsleitbild dient vielen Städten im In- und Ausland als Grundlage. Hinter dem Erfolg steht vor allem Thomas Kessler. Der ehemalige Zürcher Kantonsrat ist Integrationsbeauftragter des Kantons Basel-Stadt. Grundidee des «Basler Modells» ist, dass die Ausländer in den Genuss von Fördermassnahmen kommen, die Integration aber auch verbindlich ist. So wird etwa bei Deutschkursen der Spracherfolg überprüft. «Mit den Vereinbarungen schützen wir die Leute vor Isolation», sagt Kessler zu seinen Massnahmen. Rund zwei bis fünf Prozent der Ausländer kämen dafür in Frage. Mit der Zürcher Integrationsbeauftragten Julia Morais arbeitet Kessler eng zusammen. Morais war während acht Jahren Integrationsbeauftragte in Basel-Land, bevor sie nach Zürich wechselte. (zl)

cr basel

# Ausländerfeindlichkeit schadet der Basler Wirtschaft.

**www.welcome-to-basel.bs.ch**
**www.aller-anfang-ist-begegnung.ch**

Deshalb bekennt sich Basel mit fortschrittlichen Integrationsmassnahmen und hoher Kompetenz in Migrationfragen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft. Und schafft damit Sicherheit und Stabilität für den Wirtschaftsstandort im Dreiländereck.

Respekt
Integration Basel

**Eine Initiative von «Integration Basel» und Partnern:**

handelskammer beider basel
VERBAND DER UNTERNEHMUNGS-, HANDELS- UND DIENSTLEISTUNGSFIRMEN IN BASEL-STADT UND BASELLAND

arbeitgeber

Gewerbeverband Basel-Stadt

BGB Basler Gewerkschaftsbund

UNIA
Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

vpod region basel

MIGRATION

# Basel zeigt Haltung

Das Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, Integration Basel, die Basler Landgemeinden sowie eine Reihe von Organisationen aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion werben mit der Kampagne «Basel zeigt Haltung» für Weltoffenheit, Gastfreundschaft und Kompetenz in Migrationsfragen. Polemischen und ausländerfeindlichen Tendenzen, wie sie im Wahlkampf zutage traten, soll somit entgegengewirkt werden.

Die Koalition von Behörden und Organisationen, die sich an der Kampagne «Basel zeigt Haltung» beteiligen, ist breit sowie partei- und religionsübergreifend. Thomas Kessler, Integrationsbeauftragter des Kantons Basel-Stadt (BS), betont gegenüber *tachles*: «Wir haben eine Allianz ins Leben gerufen, an der sich alle angefragten Organisationen ohne Ausnahme sofort beteiligt haben. Gemeinsam möchten wir so die Basler Grundhaltung in Migrationsfragen nach aussen deutlich machen und dem Zerrbild einer fremdenfeindlichen Schweiz entgegenwirken, das in den vergangenen Monaten entstanden ist.» Integration Basel reagiert damit als vom Parlament beauftragte Institution, deren Aufgabe es ist, aktive Antidiskriminierungsarbeit zu leisten. Sie wirkt nicht allein beobachtend, sondern auch informativ und aufklärend. Nachdem aufgrund von Meldungen deutlich wurde, dass die Wahlplakate jener Partei, die am vergangenen Wochenende als Siegerin aus den eidgenössischen Wahlen hervorgegangen ist (vgl. S. 6), abstossend auf ausländische Besucher der Stadt wirkte, entschloss sich Integration Basel, sofort zu reagieren.

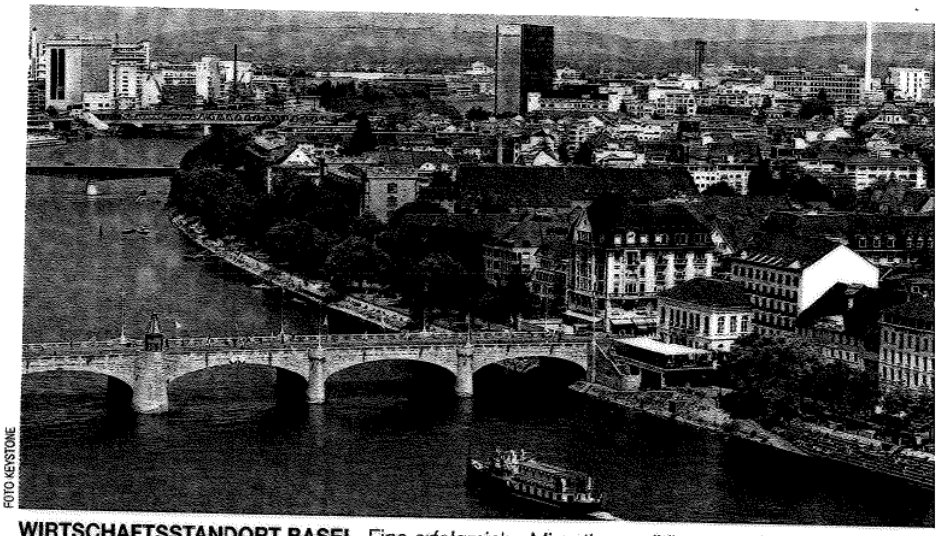


FOTO KEYSTONE

**WIRTSCHAFTSSTANDORT BASEL** Eine erfolgreiche Migrationspolitik stärkt die Wirtschaftskraft des Kantons im Dreiländereck

### Zeichen setzen

So wurde deutlich, dass Gäste aus dem Ausland, die Basel aus beruflichen Gründen besuchten, stark verunsichert waren. Durch das SVP-Plakat, auf dem ein schwarzes Schaf von weissen Schafen aus dem Feld gekickt wird, fühlten sich besonders dunkelhäutige Menschen angegriffen. «Damit waren wir aufgefordert, klar und deutlich ein Zeichen zu setzen für die traditionelle und lebendige Weltoffenheit des Kantons BS», so Kessler. Er betont, das Ansehen des Kantons BS, der mit seinem Integrationsgesetz und seiner Migrationsarbeit seit Jahren weltweit vorbildlich und führend wirkt, dürfe nicht mit «wahlpolitischen Entgleisungen» gegenüber Gästen in Frage gestellt werden. Dies würde vor allem der Basler Wirtschaft schaden, die von einer erfolgreichen Migrationsarbeit profitiert. Kessler verspricht sich von der neuen Allianz Erfolge, zumal sie bereits grosse Resonanz in in- und ausländischen Medien gefunden hat. Zudem verweist er auf die bereits seit Längerem laufende und nachhaltig wirkende Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung», die von allen Nordwestschweizer Kantonen und ab 2008 auch vom Kanton Zürich getragen wird.

**«Die Gastfreundschaft Basels sollte nicht in Frage gestellt werden.»**

### Wirtschaftsstandort sichern

Als vielversprechend und vor allem notwendig wird die neue Kampagne «Basel zeigt Haltung», die mit Anzeigentexten wie «Ausländerfeindlichkeit schadet der Basler Wirtschaft» und «Schwarzmalerei war noch nie Basels Art» in die Öffentlichkeit tritt, von allen beteiligten Institutionen gesehen. Unter ihnen befinden sich unter anderem die Handelskammer beider Basel, der Gewerbeverband BS, Der Arbeitgeberverband BS, der Basler Gewerkschaftsbund, der Verband des Personals Öffentlicher Dienste BS, die Unia BS sowie das Schweizerische Rote Kreuz Basel. Religionsübergreifend sind neben der Israelitischen Gemeinde Basel auch die Offene Kirche Elisabethen, das Alevitische Kulturzentrum und der Tamilische Verein Nordwestschweiz vertreten. Sie alle bekennen sich zu fortschrittlichen Integrationsmassnahmen, begegnen Menschen unterschiedlicher Herkunft mit Offenheit und Gastfreundschaft und möchten mit dieser Haltung die Sicherheit und Stabilität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Basel erhalten und fördern. VALERIE DOEPGEN

**Weitere Informationen unter www.welcome-to-basel.bs.ch und www.aller-anfang-ist-begegnung.ch.**

**Einwanderung**

# Die Deutschen als Chance

## Auch wenn die wachsende Präsenz der Deutschen manche Schweizerinnen und Schweizer verunsichert: Die deutschen Zuwanderer werden der Schweiz gut tun. Und sei es nur, indem sie ein neues Schweizer Selbstbewusstsein wecken. *Von David Hesse*

Sie schwitzen auf Schweizer Baustellen, sie brauen Schweizer Bier, und sie sagen ernst und norddeutsch die Namen der Tramhaltestellen an: «Geschätzte Fahrgäste: Albisgühtli.» Sie stellen knapp die Hälfte aller Dozenten an der Hochschule St. Gallen (250 von 513 Professoren), an der ETH Zürich immerhin ein Viertel der Professoren (104 von 394). Von den 1069 Ärzten und Assistenzärzten am Zürcher Universitätsspital sind ein knappes Viertel Deutsche Staatsbürger (244), beim Pflegepersonal ist das Verhältnis dasselbe (585 von 2469).

Seit einigen Jahren zieht es die Deutschen zu Zehntausenden in die

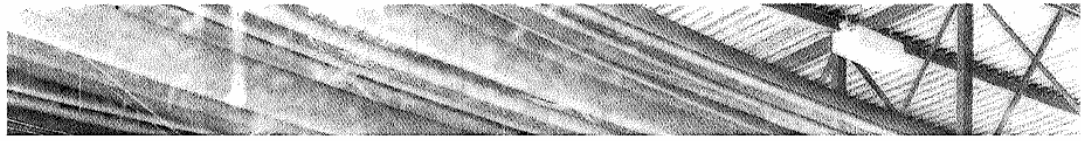
findet auch der Basler Romanist Georges Lüdi. Er wünscht sich von den Deutschschweizern «mehr Respekt» gegenüber den Schweizer Nicht-Alemannen und den Immigranten, also «auch den Deutschen».

Die deutschen Zuwanderer (ohne Bayern, Sachsen und Badener, natürlich) könnten hier also sprachreinigend wirken und die Deutschschweiz zum Hochdeutschen zurückführen. Doch die Realität sieht anders aus. Der deutsche Immigrant versucht sich offenbar vermehrt am Schweizerdeutschen, wie die Migros Klubschule Zürich bestätigt. Seit dem letzten Kursjahr bietet sie wegen erhöhter Nachfra-

Nicht, weil so viele Franzosen in die Romandie einwandern wie Deutsche in die Deutschschweiz, sondern weil die Westschweiz laut dem Romanisten Georges Lüdi über die «höhere sprachliche Integrationskraft» verfügt und gerade Zuwanderer aus Portugal sehr rasch zum Französischen führt.

Der Einfluss der deutschen Zuwanderer auf das Schweizer Sprachgefüge ist also bescheiden, hat aber Potenzial. Genau wie der deutsche Durst. «Hoffen darf man immer», sagt Konrad Studerus, Direktor des Schweizer Brauerei-Verbandes. Zwar ist der Bierkonsum in der Schweiz wie in Deutschland

seit Jahren rückläufig, doch t
Deutscher im vergangenen Ja
schnittlich 115 Liter Bier pro F
60 Liter mehr als der Schwei
de nur, dass sich in der Schwe
nig Brauer finden: «Wir hab
Branche oft Personalmangel –
len darum vermehrt deutsch



# Nach dem Kindergarten ist die Primarschule an der Reihe

## Umsetzung des kantonalen Integrationsleitbildes im Schulbereich

**Im neuen Schuljahr werden die Projekte der Arbeitsgruppe Integrationspädagogik (AGI) auf die Stufe Primarschule ausgedehnt. Zudem wird ein stufenübergreifendes Sprachförderungskonzept erarbeitet. Bisher waren Projekte auf Kindergartenstufe realisiert worden. Mit dem folgenden Ausblick auf die nächsten Umsetzungsschritte der AGI wird die fünfteilige Schulblatt-Serie abgeschlossen.**

Für die Arbeitsgruppe Integrationspädagogik (AGI) stehen drei Ziele im Vordergrund. Basierend auf dem kantonale
len erster
Schülern
die fremd
die gleicl
geräumt
Potenzial
lichen aus
und Erfah
der Schul
gefördert
lich wird
rung der
deres Gev
Die AGI h
gemeinsa
übergeord
beitet. Zu
niert, die





# Mama drückt die Schulbank

## Start für das Projekt «Ich lerne Deutsch fürs Kind – ins Schulhaus integrierte Deutschkurse für Mütter»

**vr. Die Zusammenarbeit mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern ist aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Was aber tun, wenn die Eltern kein Deutsch sprechen? Vor dem Hintergrund dieser Frage werden zunehmend Deutschkurse für fremdsprachige Mütter angeboten. Nun ist vom Bund ein entsprechendes Basler Projekt bewilligt worden.**

Neuland sind Deutschkurse für Mütter keineswegs. Zumindest nicht an den OS-Standorten Gottfried Keller («Deutsch im Garten» im Rahmen des Ideenwettbewerbs «Basel denkt»), Thomas Platter/Wettstein sowie Gundeldingarten- und WBS-Standort 180 Frauen insgesamt 14 Semesterkurse angeboten we
Deutschkurse werden von gu
zierten Sprachlehrerinnen, d
heitlich auch im Projekt «Spr
Kulturbrücke» tätig sind, gel
stammen in der Regel aus de
und Kulturkreisen ihrer Schü
verfügen über eigene Erfahru
Zweisprachigkeit und sind
hinaus in den Schulhäusern
chen sie die Mütter unterric
reits eingebunden.

Deutschkurse für fremd
Mütter erweisen sich als erfo



### Umsetzung des Integrationsleitbildes im Schuljahr 2002/2003

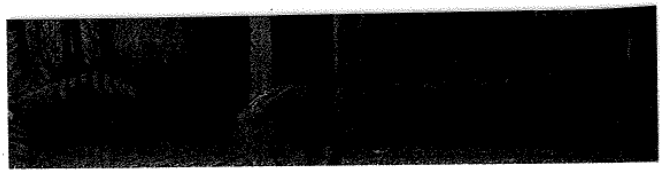
**Stufenübergreifend:**
*Sprachförderungskonzept (vgl. Hauptartikel)*

**Schwerpunkt Primarschulen:**
- *Erarbeitung eines Grundwortschatzes – Deutsch als Zweitsprache für die 1. bis 4. Klasse*
- *Aufbau von Integrationszentren in den Schulkreisen der Primarschulen: Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes; Umsetzung mit Pilotschulen auf Schuljahr 2003/2004 geplant*

men soll, wird erstmals genügend Zeit vorhanden sein, um die Anliegen der Lehrerschaft in eine Vorbereitungsgruppe einfliessen zu lassen.

Projekteingaben bei der Arbeitsgruppe Integrationspädagogik werden künftig jeweils im Juni erfolgen. Zwischen Mitte August und Ende Oktober bleibt dann Zeit, diese Projekte zu konkretisieren. Jeweils Ende Jahr wird das Gesamtpaket für das Folgejahr dem Departementsvorsteher zur Bewilligung vorgelegt. D
wird es ermöglichen, mit
umsetzung bereits zu
Budgetjahres, jeweils im
beginnen. Da die AGI
unterstützen kann, die
jeweilige Schulleitung g
den, sollten Kollegien, di
Prozess einbringen wolle
mit ihrer Schulleitung
aufnehmen.

S



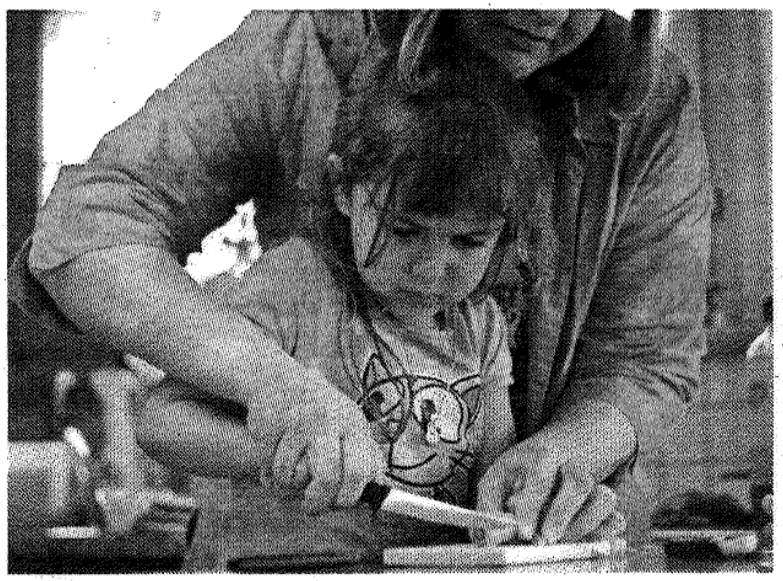
s
s
ersität Ba-
chkeit am
einer Uni-
gewähren
5 Standor-
ıre Arbeit.
r geboten
haftliches:
m trumpft
Basler Hit-
Myron
n Gruppe
ıdem ver-
Shuttlebus
inacht.ch

nald:
zert
ı für alle
Fans, die
r Konzert
November,
ı ergattern
der riesi-
die schot-
m 6. No-
tzkonzert.
rtet am 19.
.ch

# Hausbesucherinnen helfen Ausländerkinder fördern

20 Min. 12.9.08

**BASEL. Früh geförderte Kinder haben bessere Bildungschancen. Ein Pilotprojekt soll deshalb sozial belasteten Eltern helfen, ihre Kleinen aktiv zu unterstützen.**



Mütter sollen lernen, sich mit ihren Kindern abzugeben.

Familien mit Migrationshintergrund wissen oft nicht, wie sie ihre Kinder entwicklungsgerecht fördern können. Hinzu kommt, dass sie oftmals kein Deutsch sprechen. Dies kann dazu führen, dass die Kleinen schon im Kindergarten mit schlechten Karten dastehen. Das Hausbesuchprogramm Schritt:weise will hier Abhilfe schaffen. «Es geht vor allem darum, dass Mütter lernen, sich aktiv mit ihren Kindern abzugeben», sagt Erika Dähler, Geschäftsführerin des Vereins A:primo.

In einer 30-minütigen Visite bringt eine geschulte Hausbesucherin einmal wöchentlich eine Spielidee in die Familie. Die Mutter ahmt sie nach und soll diese mindestens eine Viertelstunde pro Tag üben. «Dabei müssen die deutschen Wörter wiederholt werden, damit sie sich beim Kind einprägen», so Dähler.

Die Hausbesuche beginnen, wenn die Kinder anderthalb Jahre alt sind, und enden mit drei. Dähler: «Die Besucherinnen sind geschulte Mütter, meist mit Migrationshintergrund. Das vereinfacht die Arbeit und wirkt echter.»

Ist das Programm nach eineinhalb Jahren beendet, finden alle zwei Wochen Gruppentreffen statt, um so die Eltern miteinander zu vernetzen. **Denise Dollinger**

## Hausbesuche ab November

Nachdem das Projekt im letzten Jahr in Bern erfolgreich schrittweise gestartet ist, soll es nun auch in Basel umgesetzt werden. Laut Marc Flückiger vom Basler Justizdepartement befindet man sich derzeit in der Vorbereitungsphase. «Eine konkrete Umsetzung des Hausbesuchprogramms ist in verschiedenen Basler Quartieren auf November geplant», so Flückiger. In Diskussion seien etwa das St.-Johann-Quartier, das Gundeli oder das Kleinbasel.

# Basel

**Schweizerisches Pilotprojekt in Basel**

# Afrika-Kurse für Polizisten

*Die Ordnungshüter sollen mehr über westafrikanische Migranten wissen.*

In Basel startet ein Schweizer Pilotprojekt. Mitarbeiter von Polizei und Justiz wollen sich in Kursen zum Thema «Polizei und Migration aus Westafrika» fortbilden. Hintergrund dieser Neuerung sind die Probleme mit den «Kügelidealern» in vielen Quartieren. Diese stammen meist aus Westafrika. «Der Umgang mit diesen zum Teil renitenten, gewaltbereiten und ehrverletzenden Kleindealern ist schwierig und belastend», so Basels Sicherheitsdepartement (SID) am Montag in einer Medienmitteilung.

*Basler Polizisten setzen sich in Kursen mit westafrikanischen Migranten auseinander.* *Foto: Martin Töngi*

**Migranten kennen lernen**

An den Kursen, die die Ethnologin Lilo Roost Vischer entwickelt hat, sollen Polizisten, die viel mit dieser Szene zu tun haben, mehr über die Kultur und die Lebensgeschichten der Migranten erfahren. So berichtet ein westafrikanischer Student über seine

se mit 10 000 Franken. Die Polizisten sollten dafür sensibilisiert werden, was viele Migranten vor und wäh-

Zalunardo. So werde etwas verständlicher, warum diese Männer bei Kontrollen oft ausfällig würden.

renziert. «Die grosse Mehrheit der westafrikanischen Bevölkerung in Basel hat nichts mit Drogenhandel

Zwei Kurse seien bereits «erfolgversprechend» verlaufen, berichtet das SID. Weitere 13 folgen nun. Das

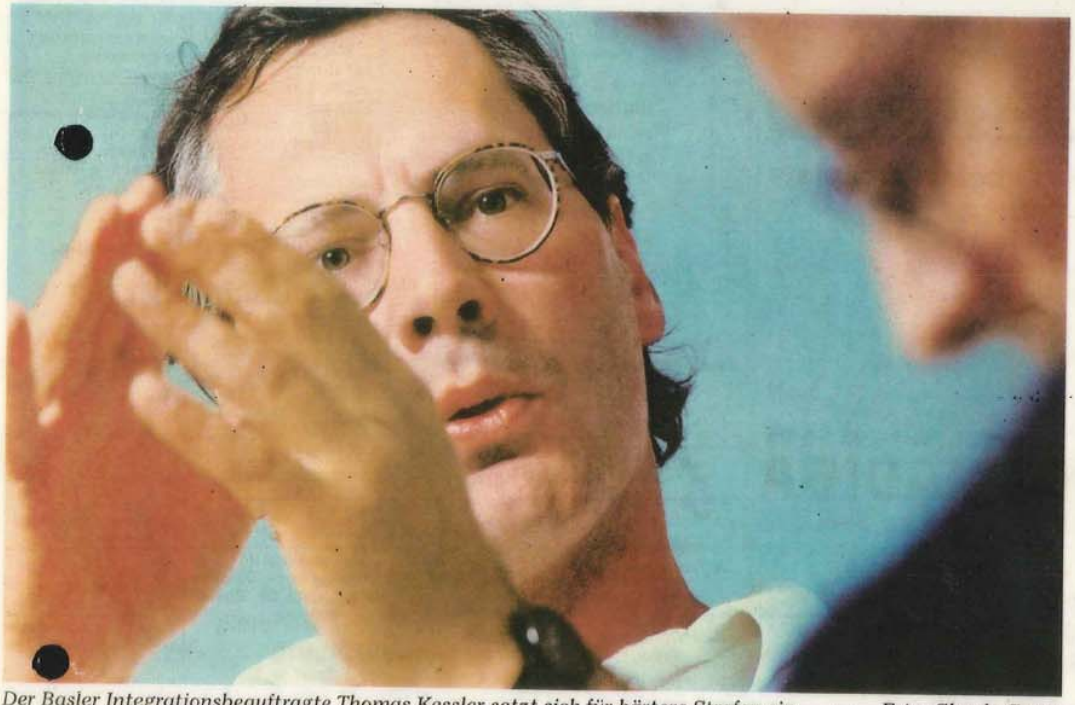
Baslerstab • Ausgabe Basel • Montag, 22. Juli 2002

# Basel

*Thomas Kessler*

# Härte gegen Kriminelle

*Der Integrationsbeauftragte äussert sich zum Tötungsdelikt im Tram.*



*Der Basler Integrationsbeauftragte Thomas Kessler setzt sich für härtere Strafen ein.* *Foto: Claude Gyger*

## Im Tram erstochen

Ein Mann ist am Samstagnachmittag erstochen worden, weil sein Hund im Tram an einer Einkaufstasche geschnuppert hatte.

Der Täter, ein 40-jähriger Türke, stieg mit seiner Tochter in Kleinhüningen ins Tram Nummer 8, wie die Basler Staatsanwaltschaft mitteilt. An der Haltestelle Inselstrasse stieg das spätere Opfer, ein 41-jähriger Schweizer, mit seiner Freundin und deren Hund in den Wagen ein. Der Hund schnupperte an der Einkaufstasche des Täters, worauf es zu einem Wortgefecht kam.

Die Situation eskalierte, obwohl ein dritter Trampassagier versuchte, den 40-jährigen Türken zu beruhigen. Kurz darauf stach dieser dem Opfer unvermittelt und mit grosser Wucht ein Messer in die Brust.

Der Wagenführer stoppte das Tram vor der Polizeiwache Kleinbasel. Die alarmierte Notfallärztin konnte das Opfer jedoch nicht mehr retten.

Der Täter wurde vor dem Restaurant «Bajazzo» an der Clarastrasse festgenommen. Die Freundin des Opfers musste vom Sozialdienst der Polizei betreut werden. *stab.*

*Ein Türke hat am Samstagnachmittag im Tram einen Schweizer mit einem Messer tödlich verletzt. Was ist Ihnen als Erstes durch den Kopf gegangen, als Sie von diesem Verbrechen hörten?*

Als ich die Details erfahren habe, dachte ich an das Opfer, die konkrete Situation im Tram, den Schrecken für die Betroffenen und die Wut, die eine solche Nachricht auslöst. Solche Verbrechen zerstören nicht allein Leben, sie belasten das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen enorm und sind Gift für die Integrationsarbeit.

Man kann es den Leuten nicht verübeln, wenn sie nach einem solch brutalen Delikt aufgewühlt sind und nicht mehr differenzieren.

*Haben Sie bereits Reaktionen aus der Bevölkerung erhalten?*

Ja, in einem Mail fragte mich jemand, ob es das sei, was wir als kulturelle Bereicherung bezeichnet bekommen und Ähnliches – inklusive dem Rat, die rosa Brille wenigstens für einen Moment beiseite zu legen.

*Was werden Sie auf dieses Mail antworten?*

Ich habe bereits geantwortet und unter anderem geschrieben, dass ich mich im Auftrag diverser Kantons- und Bundesbehörden häufig mit den Reibungen und Problemen der Migration befasse und dies oft an vorderster Front, auch an Massenschlägereien oder illegalen Demonstrationen. Aufgrund meiner Ausländserfahrung und der Projektarbeit in der Dritten Welt kann ich das auch leisten.

*Wie steht es eigentlich um den repressiven Teil der Basler Integrationspolitik?*

Mit der neuen Integrationspolitik ab 1998 ist auch die konsequente und zügige Bekämpfung von Delinquenz in jeder Form beschlossen worden – bis hin zur Schwarzarbeit. Das baselstädtische Integrationskonzept ist kompakt, die Spielregeln werden von A bis Z durchgesetzt: Zur raschen Integration der korrekt anwesenden Zuzüger auf der einen Seite gehört die konsequente Repression gegen Delinquenz und Intervention gegen Regelverletzungen auf der anderen Seite.

*In der Bevölkerung wird immer wieder der Ruf laut, man solle gegen Kriminelle hart vorgehen. Teilen Sie diese Ansicht?*

Selbstverständlich. Ich habe mich schon vor einiger Zeit dafür eingesetzt, dass das Strafmass bei Gewalttaten verdoppelt wird. Dem ist inzwischen auch so. Wenn ein Mann einem anderen ein Auge ausschlägt und bloss drei Monate bedingt kassiert, stimmt etwas nicht. Die Regeln unserer zivilen Gesellschaft müssen konsequent durchgesetzt werden, sie sind die Basis für das gedeihliche Zusammenleben und eine wichtige Errungenschaft zum Schutz der Schwachen.

*Interview: Markus Sutter*

**«Mir ist wurst, woher einer kommt, Hauptsache, er hält sich an die Regeln.»**

**Rolli K., Lastwagenchauffeur, Zofingen**

**ALLER ANFANG IST BEGEGNUNG.**

Eine gemeinsame Kampagne der Kantone AG, BE, BL, BS, SO und des Bundes zur Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft. **www.aller-anfang-ist-begegnung.ch**

crbasel

1. April 2008
.ch

# Integration Wer nicht will, wird nun gezwungen

Von Yen Duong

**Für Ausländer, die sich bisher nicht integriert haben, wird es eng: Sie müssen Kurse besuchen – ansonsten drohen Sanktionen.**

Seit Jahresbeginn ist das neue Basler Integrationsgesetz in Kraft, welches Integrationsvereinbarungen vorsieht. Nun führt Basel-Stadt zusammen mit Baselland, Solothurn und Zürich ein neues Pilotprojekt durch: Bei diesem Projekt können Ausländer zum Beispiel zu einem Deutschkurs, einem Anti-Gewalt-Kurs oder einem Erziehungskurs gezwungen werden.

«Die Integrationsvereinbarungen sind das letzte Mittel, um eine einvernehmliche Lösung anzustreben, bevor rechtliche Massnahmen eingeleitet werden», sagte Andreas Raess vom Basler Migrationsamt gestern vor den Medien.

## Sanktionen möglich

In Basel-Stadt werden vorerst 40 Personen aufgeboten, solche Vereinbarungen zu unterzeichnen. Die Zielgruppe sind Personen aus Drittstaaten, die sich bisher nicht integriert haben und darum ihre Pflichten ohne Hilfe von Dritten nicht erfüllen können.

Das zweijährige Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Die Erkenntnisse sollen dann der Integrationsförderung im ganzen Land zugute kommen. Wenn die Aufgebotenen sich nicht an die Vorgaben halten, müssen sie mit Sanktionen rechnen – so zum Beispiel beim Bezug von Sozialleistungen oder dem Widerruf einer Bewilligung. «Es wird aber niemand aus der Schweiz ausgewiesen, nur weil er ein Sprach- oder Integrationskurs nicht besucht», meinte Raess.

## Druck schadet nicht

Die Basler Ständerätin Anita Fetz lobte die vier Kantone für den Mut, dieses Projekt durchzuführen. Ziel des Projektes ist es auch, die Eigenverantwortung der Ausländer zu fördern, so dass möglichst wenige Vereinbarungen abgeschlossen werden müssen. «Für eine winzige Minderheit, die nicht will, schadet ein wenig Druck nicht», sagte Fetz.

# 4.7 Ablauf bei Feststellen von Integrationsdefiziten

- Meldung durch kantonalen und kommunalen Behörden
- Beurteilung durch ‹‹Integration Basel››
- Abklärung durch externe Beratungsstelle
- Empfehlung an Migrationsamt
- Definition Massnahmen durch Migrationsamt
- Abschluss der Integrationsvereinbarung durch Migrationsamt
- Überprüfung bzgl. Einhalten der Vereinbarung

# Starke Abnahme der Sozialfälle

19.2.08

## **Sozialhilfe** Basel setzt nicht auf Sozialdetektive, sondern auf unangemeldete Hausbesuche

**Die Zahl der Sozialhilfeempfänger sank 2007 durchschnittlich um 7,7 Prozent. Grund dafür ist neben der Konjunktur auch die verbesserte Missbrauchsbekämpfung.**

DAVID WEBER

Über 350 unangemeldete Hausbesuche hat die Sozialhilfe Basel-Stadt seit Oktober 2005 durchgeführt, berichtet der Vorsteher der Sozialhilfe Rolf Maegli. Die strengeren Kontrollen seien möglicherweise mit ein Grund dafür, dass im letzten Jahr die Fallzahlen von Sozialhilfebezügern stark gesunken sind. Vor allem die gute Konjunktur hat dafür gesorgt, dass insbesondere junge Sozialhilfebezüger eine Arbeit fanden und sich von der Sozialhilfe lösen konnten.

### Kosten um 7,6 Prozent gesunken

Im Dezember 2007 registrierte man bei der Sozialhilfe Basel-Stadt 5204 Fälle, in denen Zahlungen geleistet wurden. Nach Erfahrung der Sozialhilfe sind pro Dossier 1,6 Personen betroffen. Das heisst, im Dezember waren 8326 Personen sozialhilfeabhängig, ein Jahr zuvor waren es noch 9243 (5777 Dossiers). Von Dezember zu Dezember entspricht das einer Abnahme von zehn Prozent. Berücksichtigt man alle monatlichen Fallzahlen des Jahres 2007, dann sind die Zahlen um 7,7 Prozent zurückgegangen. Dieser Negativ-Trend ist gemäss Recherchen von «Sonntag bz» in den meisten Deutschschweizer Städten zu be-

**ABNAHME DER FALLZAHLEN** Unangemeldete Hausbesuche seien effizienter als Sozialdetektive, ist der Vorsteher der Sozialhilfe überzeugt. NIZ

Rückgang der mittleren Fallzahlen», das heisst um etwa 7,6 Prozent. Im Jahresbericht werde man die Entwicklung im letzten Jahr vertieft analysieren, erklärt Rolf Maegli. Über die genauen Zahlen, Unterstützungsgründe, Altersgruppen, etc. werde voraussichtlich Mitte März informiert. Generell seien der Rückgang bei den Anmeldungen und die Zunahme bei den Ablösungen wie 2007», erklärte Maegli und fügt relativierend an: «Obwohl es wieder mehr Arbeitsstellen zu geben scheint, war 2007 jeder zweite aufgrund von Arbeitslosigkeit in der Sozialhilfe.»

Nicht nur die Konjunktur ist für den Rückgang der Fallzahlen verantwortlich. Die Sozialhilfe Basel-Stadt startete in den letzten zwei Jahren diverse neue Programme. Rolf Maegli sträubt

So habe es massiv mehr Eingriffsverfügungen wie Beitragskürzungen oder Strafanzeigen gegeben. Das sei ein Indiz dafür, dass die Sozialhilfe letztes Jahr besser arbeiten konnte, man habe «genauer hinschauen und mehr Hinweisen nachgehen können», weil die Fallbelastung abgenommen habe.

### Keine Sozialdetektive in Basel

In anderen Städten und einigen Baselbieter Gemeinden werden zur Missbrauchsbekämpfung auch sogenannte Sozialdetektive eingesetzt. Im Gegensatz zum «verdeckten Schnüffeln» der Detektive, seien die unangemeldeten Hausbesuche effizienter, ist Maegli überzeugt. Bei den Erfolgsmeldungen zu Sozialdetektiven, etwa in Grenchen oder Zürich, müsse man wissen, dass

Nachrichten

## Rollende Zeitboml

Bei einer Schwerve
trolle hat die Kanto
einen Lastwagen in
Zustand und mit vö
sicherter Ladung au
kehr gezogen. Der
schlepper mit rumä
Kennzeichen transp
Autoreifen, die auf
fläche lose aufgesc
mit einer Plane «ge
waren. Die Plane w
die zu grosse Ladu
gespannt, dass das
sowohl die zulässig
als auch Höhe über
zu kam eine Reihe
Mängel. Am vorder
Luftreifen des Anhä
te ein handtellergr
der Lauffläche, so
Karkasse (das Geri
spektive das Draht
des Luftreifens) blo
war. Am zweiten R
selben Seite waren
Müttern, welche di
der Radnabe halter
dem war die Brem
ungenügend. Bean
wurden zwei weite
ge – drei von acht
Mängel auf. (BZ)

## Taschenraub Ei Rentnerin das

Eine 76-jährige Rer
wurde am Sonntag
fer eines Entreissd
Sie stieg um ca. 21
der BVB-Haltestell
mattpark aus dem
begab sich zu Fuss
Weiherweg. Bei de
Schützenmattstras
weg wurde ihr un
von hinten die Har

# Das Vorbild Skandinavien

**Podium** Das hiesige Schulsystem weist noch viel Verbesserungspotential auf

**Bildungspolitiker und Fachleute meinen, dass das skandinavische Erfolgsmodell auch das Basler Bildungssystem verbessern könnte.**

NATASCHA CHTANOVA

Bildungsvielfalt in Basel stand vorgestern im Zentrum der Diskussion an einem Forum im Quartiertreffpunkt Davidseck. Die Elternlobby Basel-Stadt, die den Anlass organisiert hatte, zeigte den Gästen einen Dokumentarfilm von Reinhard Kahl über das Schulsystem in Skandinavien. Anschliessend diskutierten die Nationalratskandidierenden Gabi Ess (LDP), Christine Keller (SP) und Peter Malama (FDP) mit Pia Amacher, Präsidentin Elternlobby Schweiz, darüber, was den Erfolg des skandinavischen Systems ausmacht und was allenfalls in das Basler Bildungssystem übernommen werden sollte.

### Gegen Initiative der Elternlobby

Die Situation in Skandinavien widerlege den häufigen Vorwurf, die Schule setze den Schülern zu wenig Leistungsdruck auf, weshalb sie schlecht ausgebildet würden, sagte Christine Keller zu Beginn des Podiumsgesprächs. Es zeige sich, dass Kinder auch ohne Leistungsdruck mit Lust lernen können. Dabei sei es wichtig, sie von klein auf abzuholen und auf ihre Individualität einzugehen. Auch das im Film gezeigte System der Tagesschulen beeindruckte sie: «Wir in der SP wünschen uns ein kostenloses Tagesschulangebot in Basel.»

Peter Malama gefiel an der Dokumentation, dass die Schüler zwar in einer Gruppe unterrichtet, doch auch als Einzelpersonen wahrgenommen würden. Malama halte am integrativen Modell der Volksschule fest. Denn als Direktor des Gewerbeverbands wisse er, dass an der Schnittstelle zwischen Schule und Lehre die Sozialkompetenz und Integrationsfähigkeit der jungen Menschen gefragt seien. «Diese Kompetenzen können Schüler nur erlernen, wenn sie in der Schule mit unterschiedlichsten Klassenkameraden umgehen müssen.»

### Kinder sind unterschiedlich

Somit sprach sich Malama gegen die Forderung der Elternlobby nach einer freien Schulwahl aus. Die Elternlobby Baselland hatte die Volksinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» lanciert. Keller und Ess teilten die Meinung von Malama. «Ich glaube an eine integrierende Volksschule für alle», sagte Keller. Die Schule in Basel habe bereits eine Teilautonomie erlangt, die ihr Spielraum ermögliche.

«Wir wollen keine wirtschaftliche Konkurrenz der Schulen», erklärte Pia Amacher die Volksinitiative. Die Eltern würden aber gerne bei der Schulwahl mitreden können, weil alle Kinder individuell seien und unterschiedliche Bedürfnisse hätten. Die Elternlobby sieht in einer Pro-Kind-Pauschale eine geeignete Lösung, um die freie Schulwahl zu finanzieren.

Der Moderator Markus Bodmer fragte die Podiumsgäste, was sie von der Idee der Bildungsgutscheine, die Eltern an einer Schule ihrer Wahl einlösen könnten, halten. «Bildungsgutscheine würden zu einer Privatisierung des Schulwesens führen», warnte Ess. Sie bemerkte, dass das Bildungssystem in Skandinavien seinen Erfolg dem pädagogischen Konzept zu verdanken habe. Auch die Einstellung der Bevölkerung zum Lernen und zur Arbeit sei ausschlaggebend.

Ess sieht Verbesserungspotenzial des hiesigen Schulsystems in der Durchmischung der Schulklassen und im selbständigen Erarbeiten des Lernstoffs. Das führe zur Lernbegeisterung bei Schülern, unabhängig davon, welche Trägerschaft die Schule habe.

### Eltern brauchen mehr Informationen

Zum Schluss der Diskussion wurde aus dem Plenum die Frage gestellt, ob Eltern überhaupt wüssten, was die beste Schule für ihr Kind sei. Malama verwies auf eine aktuelle Untersuchung, die zeige, dass Schüler nicht viel über die Anforderungen einer Lehre wüssten. «Das muss man vor ihrem soziodemographischen Hintergrund betrachten.» Die Eltern müssten mehr Informationen zur Bildung erhalten, um diese an ihre Kinder weitergeben zu können.

62 7.9.07

Neue Zürcher Zeitung SCHW

TK. 25/10/08 NZZ

*Aus dem Bundesgericht*

# Schwimmen für alle obligatorisch

## *Kein Anspruch mehr auf Unterrichts-Dispens aus religiösen Gründen*

***fel. Lausanne, 24. Oktober***

Die Kantone sind nicht mehr verpflichtet, Primarschüler aus religiösen Gründen vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht zu dispensieren. Das Bundesgericht hat seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben und mit drei gegen zwei Stimmen die Beschwerde zweier muslimischer Schüler aus Schaffhausen abgewiesen, denen die zuständigen Behörden einen Dispens mit Blick auf Ausländerintegration und Gleichstellung der Geschlechter verweigert hatten.

### Änderung der Praxis

Im Jahre 1993 hatte das Bundesgericht in einem Leitentscheid die Beschwerde einer islamischen Schülerin gutgeheissen, der die Behörden des Kantons Zürich einen Dispens vom gemischtgeschlechtlichen Schwimmunterricht verweigert hatten (BGE 119 Ia 178). Das Urteil gab in der Folge viel zu reden und veranlasste die Kantone dazu, fortan in solchen Fällen mit Rücksicht auf die Religionsfreiheit einen Dispens zu erteilen. Vor zwei Jahren dann aber bestanden die Behörden von Stadt und Kanton Schaffhausen im Falle zweier islamischer Brüder, deren Schwestern zuvor noch einen Dispens erhalten hatten, auf dem Besuch des Schwimmunterrichts und veranlassten damit das höchste Gericht zu einer Änderung seiner Praxis. Für eine solche sprach sich im Verlaufe der öffentlichen Beratung des Urteils in Lausanne eine klare Mehrheit der II. Öffentlichrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts aus, wenn auch mit zum Teil unterschiedlichen Begründungen und Schlussfolgerungen. Das Gericht unterscheidet zwischen dem religiös begründeten Verbot, den eigenen Körper blosszustellen, wie es 1993 im Vordergrund stand, und der nunmehr angerufenen religiösen Vorschrift, dass Schüler und Schülerinnen nicht «gegenseitig ihre Reize betrachten» sollen. Letzteres lässt sich nach Auffassung des Bundesgerichts aufgrund der heutigen Kleidermode ohnehin nicht vermeiden. Und die religiöse Vorschrift des Islam, dass der Körper zwischen Nabel und Knien bedeckt bleiben soll, lasse sich mit geeigneter Badebekleidung auch im Schwimmbecken befolgen.

### Integration und Emanzipation

Insgesamt scheint das höchste Gericht Integration der Ausländer und Emanzipation der Frau im Rahmen einer starken Schule tendenziell stärker zu gewichten als eine allzu sensible Rücksicht auf patriarchalische Anschauungen religiöser Minderheiten. Das gilt indes für alle religiösen Gemeinschaften und richtet sich, wie der Präsident der Abteilung betonte, keineswegs einseitig gegen Muslime. Klar abgelehnt wurde schliesslich das Ansinnen eines Richters, einen Dispens weiterhin zu erteilen, sofern ein Schüler bereits schwimmen kann.

Urteil 2C_149/2008 vom 24. 10. 08 – schriftliche Begründung ausstehend.

# UNO verurteilt Minarett-Verbot

## Obwohl die Schweiz nicht explizit erwähnt wird, erhält sie scharfe Kritik

baz
26.3.10

PIERRE SIMONITSCH, Genf

**Eine von islamischer Seite eingebrachte Resolution gegen die Diskriminierung von Muslimen bringt der Schweiz Rüge vom UNO-Menschenrechtsrat ein.**

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat gestern die Schweiz wegen des Verbots des Baus von Minaretten scharf verurteilt. Die von Pakistan im Namen der islamischen Staatengruppe eingebrachte «Resolution gegen die Verunglimpfung der Religionen» erreichte allerdings nur knapp eine relative Mehrheit. 20 der 47 Ratsmitglieder, neben den islamischen und den afrikanischen Staaten auch China sowie Kuba, unterstützten die Verurteilung. 17 stimmten dagegen – darunter die EU-Staaten, die USA sowie mehrere lateinamerikanische Staaten. «Wir nehmen das Ergebnis zur Kenntnis, aber wir unterstreichen die Tatsache, dass in der Schweiz Glaubensfreiheit herrscht und alle Religionen ihren Kult ausüben dürfen», erklärte der Schweizer Botschafter Dante Martinelli nach der Abstimmung.

**MAULKORB.** Der von Pakistan unterbreitete Resolutionsentwurf richtete sich nicht vorrangig gegen die Schweiz, die in dem Text nicht einmal beim Namen genannt wird. Es handelt sich um einen weiteren Versuch der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), unter dem Titel «Kampf gegen die Verleumdung von Religionen» den Medien einen Maulkorb zu verpassen. Danach darf Terrorismus nicht mit dem Islam in Verbindung gebracht werden. Die Verleumdung von Religionen, die Schürung religiösen Hasses «insbesondere gegen Muslime» sowie die Verwendung «negativer Stereotypen» müssten bestraft werden. Das Bauverbot für Minarette, das «in scharfem Widerspruch zu den internationalen Menschenrechten» stehe, wird darin als «Ausdruck von Islamophobie» bezeichnet.

Der Vertreter der OIC bei der UNO in Genf, der Senegalese Babacar Ba, erklärte vor der Presse, dass seine Gruppe den Dialog mit der Schweiz über die Minarette fortführen werde. Er forderte die Schweizer Regierung auf, «die rechtswidrige Situation in Ordnung zu bringen».

**FRIST.** Ein anderer am Donnerstag vom Menschenrechtsrat angenommener Resolutionsentwurf der OIC trägt der Schweiz in ihrer Eigenschaft als Depositarstaat der Genfer Konventionen auf, vor Jahresende eine Weltkonferenz über die Lage in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten einzuberufen. Diese Forderung steht bereits in mehreren Resolutionen der UNO-Generalversammlung, doch jetzt wird der Schweiz zum ersten Mal eine Frist gesetzt.

NZZ
26.3.10

# Eine Quittung für die Schweiz

*Schelte des Uno-Menschenrechtsrats wegen des Minarettverbots*

*vk. Genf* · Der Uno-Menschenrechtsrat hat am Donnerstag in Genf im Rahmen einer Resolution gegen «Verleumdung der Religionen» das Verbot des Baus neuer Minarette «scharf verurteilt». Die Schweiz wurde zwar nicht mit Namen genannt, doch da kein anderes Land der Welt ein solches Verbot erlassen hat, stellt das die erste Quittung der Weltorganisation für die Annahme der Verfassungsinitiative dar.

Schweizer Diplomaten sehen sich in ihrer Befürchtung bestätigt, dass das weltweite Ansehen unseres Landes als sicherer Hafen der Freiheiten und Rechte stark gesunken sei. Entsprechend nimmt auch die Unterstützung für die Schweiz in arabischen und muslimischen Staaten ab. Weitere, ähnliche Verurteilungen könnten folgen.

Die pakistanische Uno-Mission bringt im Namen der Islamischen Konferenzorganisation beim Menschenrechtsrat seit einigen Jahren diese Entschliessung gegen religiöse Diffamierung ein. Diese richtet sich hauptsächlich gegen die antiislamische Polarisierung als Folge des Terrorismus vom 11. September 2001, gegen die Verknüpfung von Islam mit Gewalt und gegen die Konzentration auf Muslime in der weltweiten Terrorbekämpfung. Die Empörung über die Schweiz kam diesmal dazu, weil, wie der pakistanische Botschafter erklärte, Kampagnen-Plakate mit Minaretten, die wie Raketen aussehen, eine ähnliche Verunglimpfung darstellen wie Vergleiche gewisser muslimischer Schriften mit denjenigen Adolf Hitlers.

Die Schweizer Diplomatie kann wegen ihres Beobachterstatus im Rat erst am Freitag förmlich Stellung nehmen. Sie stösst sich in dem Resolutionstext an der scharfen Verurteilung für einen vergleichsweise milden Verstoss, obwohl die Aufnahme einer religiös diskriminierenden Bestimmung in die Verfassung keine Bagatelle ist. Weiter möchte sie nicht allein als Sündenbock für eine weitverbreitete Problematik der religiösen Intoleranz blossgestellt werden. Schliesslich legt sie den Finger auf eine formale Inkonsistenz der Entschliessung, welche im Rat die westlichen Staaten auch herausstrichen: Das Völkerrecht schützt die Religionsfreiheit von Personen, aber nicht Glaubenssysteme als solche.

Ein Trost ist die abnehmende Unterstützung für die Entschliessung. Es stimmten nur noch 20 Staaten anstelle der 23 im vergangenen Jahr dafür; die Nein-Voten stiegen (dank Lateinamerika) um 6 auf insgesamt 17, während 8 Staaten sich enthielten.

# Das Volk ist souverän, aber nicht ungebunden

*ntonale Initiativen und Erlasse überprüft das Bundesgericht – gegenüber Bundesrecht überwacht es nur die Einhaltung der Menschenrechte*

enüber Bundesrecht gibt es
e Verfassungsgerichtsbar-
. Doch das Bundesgericht
det Bestimmungen in Bun-
gesetzen, die Menschenrechte
etzen, im Einzelfall nicht an.

*dia Schoch*

Ja des Volkes zur Minarettverbots-
tive, die mit der Europäischen
schenrechtskonvention (EMRK)
iderspruch steht, hat Ende letzten
s eine Debatte zur Überprüfung
nitiativen und zur Erweiterung der
ültigkeitsgründe ausgelöst. Bei der
ten Initiative mit problematischem
lt, der Ausschaffungsinitiative, hat
tänderat reagiert und ihr einen völ-
chtskonformen Gegenvorschlag
nübergestellt. Im Nationalrat dürf-
dieser aber schwer haben, sich
nzusetzen, da SVP und Grüne op-
eren (NZZ 17. 4. 10).
itiativen, die mit dem Völkerrecht
nflikt stehen, mehren sich seit eini-
Jahren. Problematisch waren auch
Verwahrungsinitiative, die Verjäh-
sinitiative und die Einbürgerungs-
tive. Letztgenannte lehnte der Sou-
n ab; ihr stand ein indirekter Gegen-
hlag auf Gesetzesstufe gegenüber.
den andern Volksbegehren hatten
ment und Regierung auf einen
nentwurf verzichtet. Dadurch hat-
s Volk keine Wahl zwischen einer
em Völkerrecht verträglichen Vor-
und dem extremeren völkerrechts-
gen Volksbegehren. Diesen Fehler
der Ständerat bei der Ausschaf-
sinitiative nicht wiederholen.

## itere Ungültigkeitsgründe

die Frage stellt sich grundsätz-

*Riesiges Medienecho: Zeitungen berichten über das Abstimmungsresultat der Anti-Minarett-Initiative.* PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Rechtsgarantien von fundamentaler Bedeutung und die Wahrung der Freiheitsrechte nicht verhandelbar.

Der Bundesrat sieht laut seinem Anfang März veröffentlichten Bericht zum Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht jedoch keinen direkten Handlungsbedarf. Er stellt darauf ab, dass jeweils eine völkerrechtskonforme Umsetzung für die Initiativen gefunden werden könne. Das war bisher auch der Fall ausser bei der Minarettverbots-Initiative. Doch damit verharmlost er das Problem. Denn je öfter Initiativen

## VORPRÜFUNG DURCH KOMMISSION

*cs.* · Vom Volk angenommene Volksinitiativen, die am Ende nicht durchgesetzt werden können, zerstören die direktdemokratischen Instrumente. Sie sollten, wenn sie gegen grundlegende Menschenrechtsgarantien verstossen, besser gar nicht zur Abstimmung gelangen. Dazu sind die Ungültigkeitsgründe massvoll auszubauen. Eine Überprüfung erfolgt dabei auch besser vor Beginn der Unterschriftensammlung. Eine

gültigkeitsgründe für Initiativen moderat zu erweitern, und dazu ist das Verfahren zur Überprüfung von Initiativen auszubauen und mit Vorteil an den Anfang der Unterschriftensammlung zu verlegen. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats hat am Dienstag bei der Beratung der Initiative Vischer Gelegenheit, solche Fragen aufzugreifen (vgl. untenstehenden Artikel).

Gegen eine Erweiterung der Ungültigkeitsgründe wurde zum Teil eingewendet, dass die Klärung einer Verletzung des Kerngehalts von Grundgaran-

fung geht, richtet es sich dabei nach dem kantonalen Recht. Es auferlegt sich bei der Überprüfung von Volksbegehren, die die kantonalen Behörden zuvor für gültig erachtet haben, regelmässig grosse Zurückhaltung und hält sich an die Devise: im Zweifel für das Volk. Einen Entscheid, die Initiative dem Volk vorzulegen, hob es jeweils nur auf, wenn das betreffende Volksbegehren offensichtlich rechtswidrig war.

## EMRK-widriges Bundesrecht

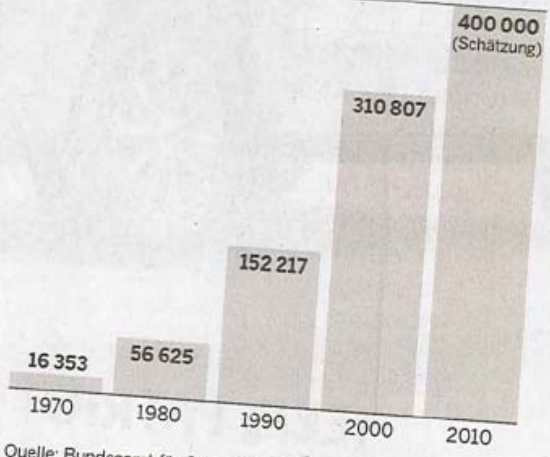
Gegenüber eidgenössischen Volksinitiativen gibt es diese Überprüfungsbefugnis indessen nicht. Hier entscheidet das Parlament abschliessend über die Gültigkeit. Ebenso besteht keine generelle Möglichkeit, das Bundesgericht anzurufen mit der Begründung, ein Bundesgesetz verstosse gegen die Bundesverfassung oder das Völkerrecht. Auf der Ebene des Bundesrechts besteht nämlich keine Verfassungsgerichtsbarkeit, weder im Vorfeld einer Volksabstimmung über eine Initiative noch beim Erlass eines Bundesgesetzes oder später bei seiner Anwendung. Dazu gibt es aber seit gut zehn Jahren eine Ausnahme, die viele Bürger bisher kaum bemerkt haben dürften: Das Bundesgericht tritt auf Beschwerden ein, die bei der Anwendung von Bundesgesetzen eine Verletzung der EMRK geltend machen. Denn das Gericht ist der Ansicht, dass sich die Schweiz nicht durch Berufung auf inländisches Recht seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen entziehen dürfe. Eine völkerrechtswidrige Landesnorm könne deshalb im Einzelfall nicht angewendet werden. Dies gelte namentlich, wenn sie im Widerspruch zu den Menschenrechten steht. Einer Volksinitiative, die gegen die EMRK verstösst, könnte somit bei ihrer Umsetzung die Anwendung durch das

hweiz nach. Die
welle hatte poli-
end des Balkan-
Muslime aus die-
kamen Flücht-
. Heute stammt
Muslime in der
ern Ex-Jugosla-
te Muslim aus
ozent stammen
.

zweite und die
Schweiz gebo-
der muslimi-
ppelt so hoch
nen. Daher ist
kerung auch
er 25 Jahre alt.
s drei Prozent
waren, sind es
Prozent.

## Wachsende Gruppe

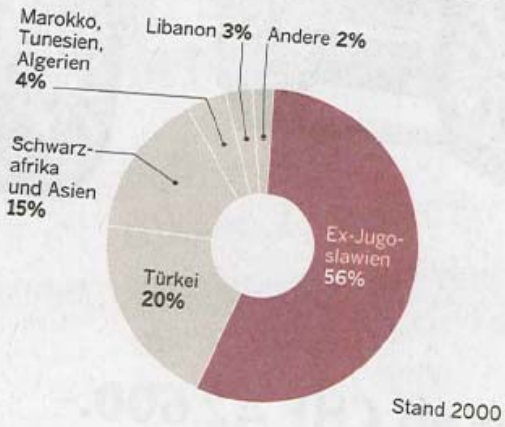
**Zahl der Muslime in der Schweiz**




Quelle: Bundesamt für Statistik / Fids

## Vor allem aus dem Balkan

**Herkunft der Muslime in der Schweiz**




Quelle: Religionswissenschaftl. Seminar der Universität Luzern

sagt Reinhard Schulze, Islamwissenschafter der Universität Bern. In den letzten Jahren begannen sich die Vereine in sprach- und kulturübergreifenden Dachverbänden zu organisieren, um gegenüber Schweizer Behörden über ihre Grundanliegen zu verhandeln. Im Jahr 2000 wurde die Koordination Islamischer Organisationen der Schweiz (KIOS) und 2006 die Föderation Islamischer Dachorganisationen (FIDS) gegründet. Ende 2009 rief der Bieler Nicolas Blancho den Islamischen Zentralrat (IZRS) ins Leben.

### Schweizer Konvertiten wollen die Kontrolle über alle

Der Islamische Zentralrat ist die radikalste Vereinigung in der Schweiz – gegründet und geführt wird sie von Schweizern, die zum Islam übergetreten sind. Namentlich treten Nicolas

Blanch
min au
4. Apri
meisten
der Zen
dern vo
Persone
– keiner
nisation
obachter
Züge.

Alard
tor des B
zeichnet
«dialogre
wollten
schaft, ein
henden C
Fälle aus
zeigen, ein
Terroriste
den früh
Deutschlar

Illi und
wändern u
Frauen sin
Samuel Beh
Zentralrats
vertiten ein
gehe um di
wer bestimr
habe. Die
Behloul von
in ihrer Ersc
cherlich emp
als Bedrohu
sie als gut a
in der Lage s
zu setzen. Da
fentlichkeit ei
ringen Bedeut
Muslimen in
Sie treten bele
ein Bild des Is
breiten Auffas

in

in den sieb-
h die Mus-
rennt nach
Vereinen zu
as die Spa-
ort pflegten
ndern auch
er Heimat-
Minderheit
e in Privat-
äume ein,
Heute exis-
00 islami-
den vier
nd 180 is-
angeglie-
Organisa-
ehr über
eligion»,

«Der Islam ist extrem individuell. Und so leben auch die Muslime hier ihre Religion sehr unterschiedlich.»

# Nora Illis Kampf für die Burka

**FRAUENSACHE** → Die Frauenbeauftragte des Zentralrats mobilisiert für ihre Anliegen.

Das Aargauer Kantonsparlament überwies gestern einen Vorstoss von SD-Politiker René Kunz mit 89 zu 33 Stimmen. Darin fordert er ein schweizweites Burka-Verbot. Die Frauen des Islamischen Zentralrates sind bestürzt und wollen jetzt kämpfen.

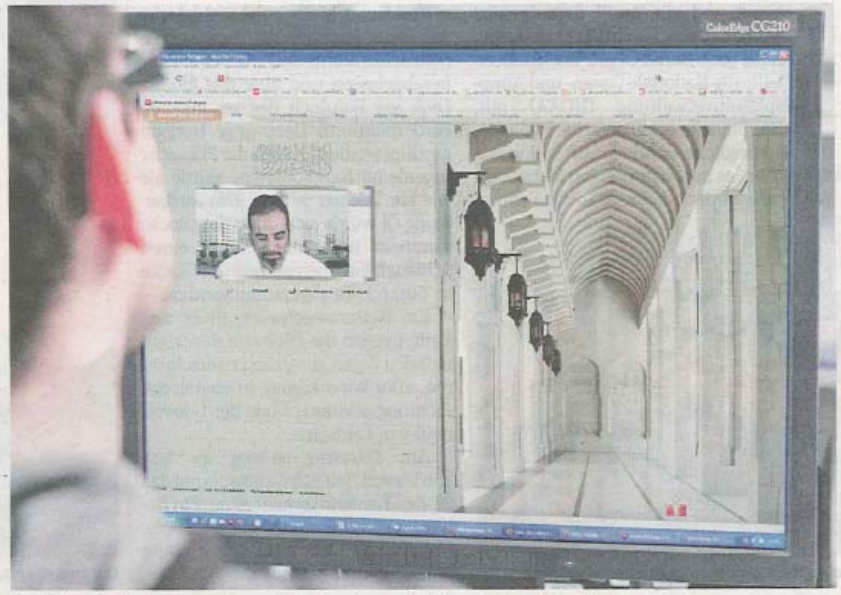
**Verschleiert** Konvertitin Nora Illi auf einer Wanderung.

«Wir behalten uns offen, ein Referendum gegen ein Burkaverbot zu lancieren», sagt Nora Illi zu *Blick am Abend*. «Wir sind Frauen, die ihren Lebensweg, und wie sie den gehen möchten, selbst bestimmen.»

Sie wolle der Schweiz zeigen, dass sie und andere den Gesichtsschleier **mit Stolz und freiwillig** tragen. Dabei soll eine landesweite Kampagne helfen. In den Schweizer Städten werde es Islam-Stände geben, mit Frauen als Ansprechpartnerinnen. Auch interreligiöse Dialoge sollen stattfinden, um Vorurteile abzubauen. **rpj**

# Deutscher Islamprediger konvertiert Schweizer online

**ZÜRICH. Vor ihm warnt sogar Pierre Vogel: Der radikale deutsche Islamprediger Ibrahim Abou-Nagie hilft online beim Express-Übertritt zum Islam. Er freut sich über grossen Zulauf aus der Schweiz.**



Laut Abou-Nagie haben sich rund 50 Schweizer seit Anfang Jahr online bekehren lassen. NICOLAS Y. AEBI

Andreas aus Basel möchte gerne Muslim werden. Nichts einfacher als das: Auf der Internetseite DieWahreReligion.de nimmt der arabisch-stämmige Islamprediger Ibrahim Abou-Nagie Nichtmuslimen telefonisch das Glaubensbekenntnis ab. So bezeugt Andreas, dass es «keiner mehr verdient hat, angebetet zu werden, ausser Allah» und dass «Mohammed sein Diener und Gesandter ist». Das Bekenntnis wird – wenn auch etwas holprig – auf arabisch wiederholt. «Nun bist du offiziell ein Muslim», sagt Abou-Nagie. Andreas freut sich: «Das ist toll.»

> «Jeder Mensch kommt als Muslim zur Welt. Doch die Eltern versauen es und machen ihn zum Christen oder Atheisten.»
> **Ibrahim Abou-Nagie**
> Online-Islamist.

Der Salafist Abou-Nagie, der offen die Einführung der Scharia befürwortet, missioniert erfolgreich im ganzen deutschsprachigen Raum: «Die Anrufe aus der Schweiz nehmen drastisch zu», sagt er zu 20 Minuten. Seit Anfang Jahr habe er online rund fünfzig Schweizer bekehrt: «Sobald sie das Glaubensbekenntnis ablegen, verspüren sie eine unbändige Freude, weil sie keine Satansdiener mehr sind», sagt Abou-Nagie, dessen Theorien sogar dem Islamistenprediger Pierre Vogel zu weit gehen: Die beiden starteten 2006 eine Missionierungskampagne, trennten sich aber letztes Jahr, weil Abou-Nagie Vogel zu radikal wurde. So glaubt Abou-Nagie, jeder Mensch komme als Muslim zur Welt, doch «die Eltern und die Umwelt versauen es und machen ihn zum Christen oder Atheisten». Über Vogel sagt er: «Unsere Wege haben sich getrennt. Unser Ziel ist das gleiche.» DÉSIRÉE POMPER

## «Der Mann braucht Sex»

**BASEL.** Die Basler Justiz führt laut «Rundschau» eine Strafuntersuchung gegen den Sekretär des Vereins Muslimische Gemeinde Basel, Aziz Osmanoglu. Dieser hatte im SF-Dokumentarfilm «Hinter dem Schleier» das Schlagen widerspenstiger Ehefrauen mit dem Verweis auf einen Koranvers gerechtfertigt: «Der Mann braucht Sex, darum kann er seine Frau, wenn sie sich weigert, im Extremfall schlagen. Es geht um die Familie – dass der Mann fremdgeht, ist im Islam nicht erwünscht.» Viele orthodoxe Muslime nehmen die Koranverse aus dem Frühmittelalter wörtlich. Osmanoglu betont allerdings, in seinen zwölf Jahren Ehe habe er seine Frau nie geschlagen.

## Schwimmen oder gehen

**BASEL.** Die SVP Basel-Stadt möchte Eltern, die ihre Kinder vom obligatorischen Schwimmunterricht fernhalten, die Aufenthaltsbewilligung entziehen. Diese Motion wird der Grosse Rat an seiner nächsten Sitzung am 19. Mai behandeln. Gemäss den Motionären sollen Migranten nur ein Aufenthaltsrecht haben, wenn sie sich integrieren – im Falle von Eltern, die ihre Kinder vom obligatorischen Schwimmunterricht fernhalten, fehle dieser Wille.

Das Mädchen (hier in der «Arena») hält sich an einem geheimen Ort auf. SF

## 17-jährige Kurdin traf ihre Eltern

**BERN.** Die 17-jährige Kurdin aus Köniz BE, die sich in den Kreisen des Islamischen Zentralrats bewegt, hat sich mit ihren Eltern getroffen, wie Tagesanzeiger.ch berichtet. Die junge Frau und ihre Eltern sind im Beisein einer Delegation der Vormundschaftsbehörde zusammengekommen. Seit Ende März hält sich F.U. an einem geheimen Ort in Bern vor ihren Eltern versteckt. Sie sagt, diese hätten sie mit dem Tod bedroht, weil sie als Alevitin zum sunnitischen Islam konvertiert sei.

# «Man wirft mir Populismus vor»

**ZÜRICH.** Rosmarie Zapfl, Präsidentin des Frauendachverbands Alliance F, wird für ihr Ja zum Burka-Verbot scharf kritisiert. Gegner werfen ihr Intoleranz und Populismus vor.

**Frau Zapfl, wieso sind Sie für ein Burka-Verbot?**

Rosmarie Zapfl: Die Burka ist ein Symbol für die Unterdrückung der Frau. Das ist aber nur meine persönliche Meinung. Alliance F hat sich nicht, wie fälschlicherweise geschrieben wurde, bereits geäussert. Wir werden erst am Samstag an der Delegiertenversammlung über «Frauenrechte im Spannungsfeld von Religion, Tradition und Politik» diskutieren.

**Von wem werden Sie kritisiert?**

Muslime behaupten, ich hätte keine Ahnung. Viele Frauen werfen mir Intoleranz vor und sagen, man dürfe die Burka nicht verbieten, sie gehöre zur islamischen Kultur. Das ist für mich falsch verstandene Toleranz. Es darf doch nicht sein, dass Menschenrechte im Namen der Religionsfreiheit verletzt werden. Man wirft mir auch vor, ich wolle auf den populistischen SVP-Zug aufspringen. Ich bin aber nicht gegen Muslime. Mir geht es nur um die Frau, die im radikalen Islam diskriminiert wird.

> «Es darf doch nicht sein, dass Menschenrechte im Namen der Religionsfreiheit verletzt werden.»
> **Rosmarie Zapfl**

Rosmarie Zapfl von Alliance F.

**Nun soll auch der Burkini verboten werden. Ist das richtig?**

Burkinis sind mir egal. Man muss die Eltern aber dazu zwingen, dass sie ihre Mädchen in den Schwimmunterricht und in die Schule schicken. Denn nur wer gebildet ist, kann sich gegen Unterdrückung wehren. HAL

# Stadtentwicklung

Stadtentwicklung bringt sozialwissenschaftliche und ökonomische Fragestellungen in die räumliche Planung ein, erfordert die Vernetzung sektoraler Teilaufgaben und den Einbezug von Akteuren aus dem privaten und dem öffentlichen Bereich.

- **Stadtentwicklung sorgt für Koordination und Kommunikation, um einen Mehrwert aus Investitionen zu erzielen.**

Baudepartement des Kantons Basel-Stadt

# Themenfeld Sicherheit & Sauberkeit

Gerade an der Kleinbasler Rheinpromenade wirken Sicherheit und Sauberkeit eng zusammen.

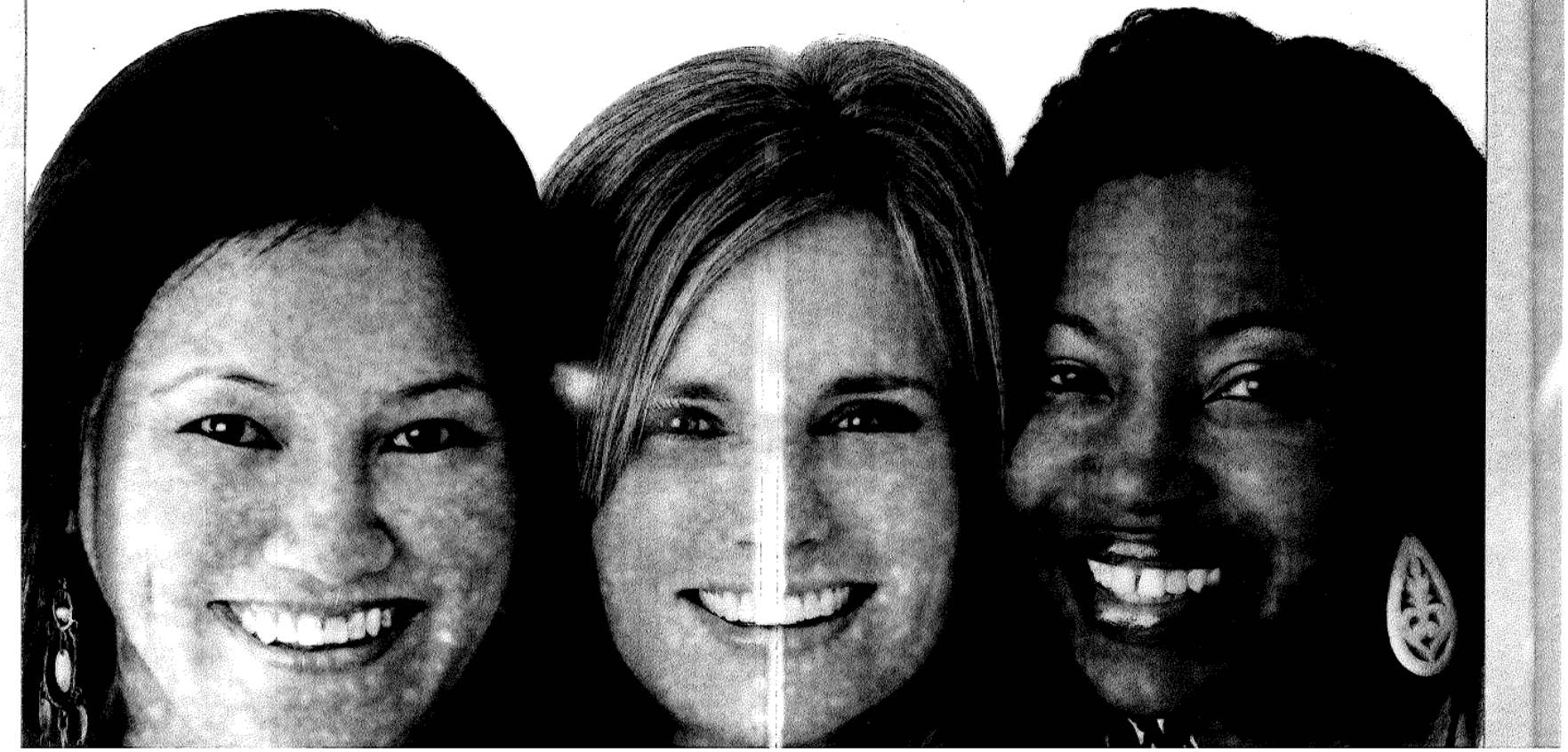
Die verstärkten Anstrengungen der Stadtreinigung (mehr und grössere Abfallkübel, Ausdehnung der Reinigungstouren, Plakatkampagnen, Zusammenarbeit mit der Mobilen Jugendarbeit etc.) und die hellere Unterführung der Mittleren Brücke sorgen auch für ein verbessertes Sicherheitsempfinden.

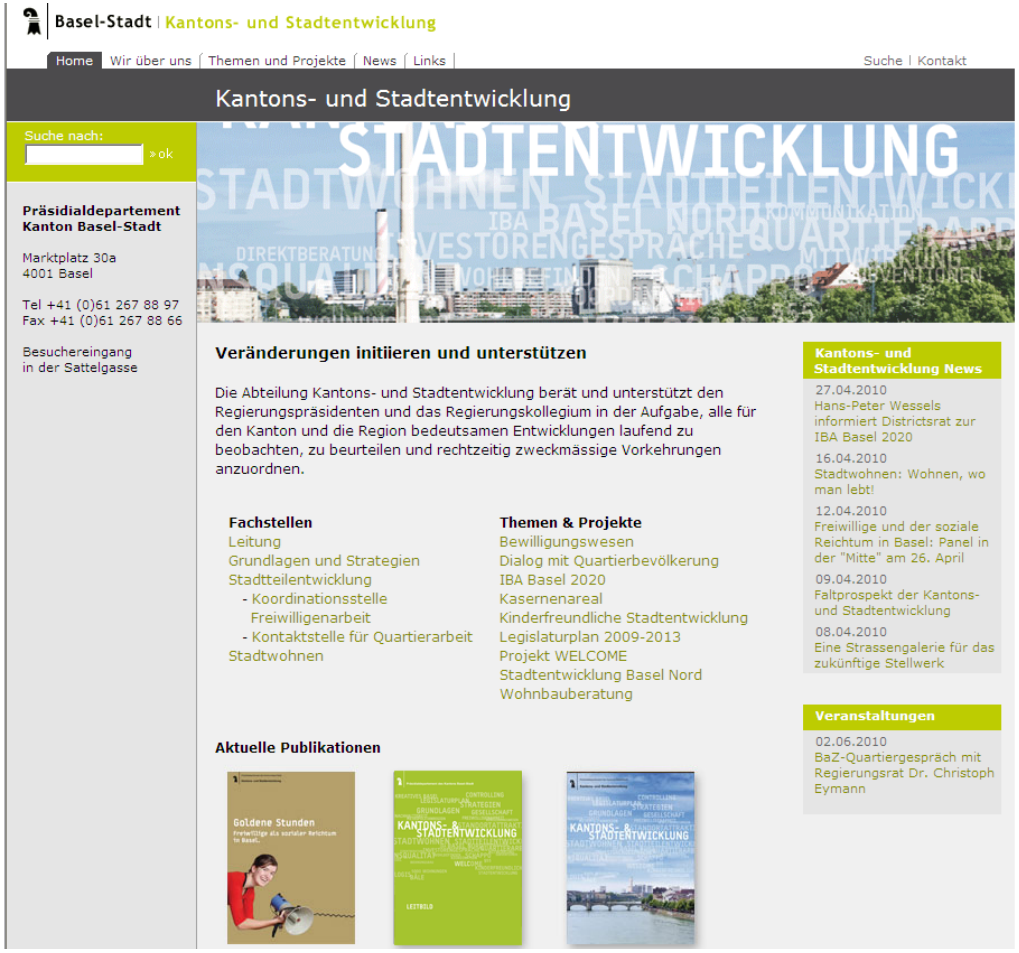
# Integrative Schweiz 2020

## Eine Vision für die Zukunftsfähigkeit der Schweiz

Die Schweiz ist eine Perle, ein Land mit speziellem Potenzial an Menschen und Natur. Um auch in zwölf Jahren bezüglich Demokratie, Bildung, Wohlstand und Naturschönheit an der Weltspitze zu stehen, braucht es jedoch jetzt mutige und weitsichtige politische Entscheidungen.

Interkulturelle Potenziale mit früher Förderung nutzen






Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt

**Kantons- und Stadtentwicklung**

▶ **Leitung**

**Thomas Kessler**
Leiter

Marktplatz 30a
Postfach
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 42 30
Telefax +41 (0)61 267 88 66
Mobil +41 (0)79 359 97 81
thomas.kessler@bs.ch
www.entwicklung.bs.ch

**www.entwicklung.bs.ch**